

AMZ 01539

Internationale sozialistische Kommission zu Bern



Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an Nationalrat ROBERT GRIMM in Bern (Postcheckrechnung Bern, III 1662) zu senden.

Commission socialiste internationale
à BERNE



International Socialist Committee
in BERNE

La correspondance doit être adressée au
citoyen ROBERT GRIMM, député à Berne

The correspondence has to be addressed to:
comrade ROBERT GRIMM, deputy, Berne

BERN (Schweiz)

BULLETIN N^o 5

Ausgegeben
am 10. Juli 1916

Das «BULLETIN» kann im Abonnement (12 Nummern) zum Preise von Fr. 10.— gegen Voreinsendung bezogen werden

Zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz

An die Völker, die man zu Grunde richtet und tötet

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Zwei Jahre Weltkrieg! Zwei Jahre der Verwüstung!
Zwei Jahre der Blutopfer und des Wütens der Reaktion!

Wer trägt die Verantwortung? Wer steht hinter denen, welche die Brandfackel ins Pulverfass warfen? Wer hat den Krieg seit langem gewollt und vorbereitet?

Es sind die *herrschenden Klassen!*

Als wir Sozialisten aus kriegsführenden und neutralen Ländern im September 1915 uns über den blutigen Wirrwarr hinweg die Hände reichten und uns in Zimmerwald mitten in den entfesselten Kriegsleidenenschaften vereinigten, sagten wir in unserem Manifest:

„Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche — sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.“

„Jede Nation“, so sprach Jaurès einige Tage vor seinem Tode, «ist mit brennender Fackel durch die Strassen Europas geeilt.»

* * *

Nachdem Millionen Männer ins Grab gesunken, Millionen Familien in Trauer versetzt, Millionen zu Witwen und Waisen gemacht worden sind, nachdem Ruinen auf Ruinen gehäuft und unersetzliche Kulturwerke zerstört wurden, ist dieser Krieg in eine Sackgasse geraten.

Trotz der Hekatomben von Opfern auf allen Fronten keine entscheidenden Resultate! Um diese Fronten auch nur zu erschüttern, müssten die Regierungen neue Millionen Männer opfern.

Keine Sieger, keine Besiegten, oder vielmehr **alles Besiegte**, das heisst: alle verblutend, alle ruiniert, alle erschöpft, das wird die Bilanz dieses greuelreichen Krieges sein. Die herrschenden Klassen können so feststellen, dass ihre phantastischen Träume von der imperialistischen Weltherrschaft nicht in Erfüllung gegangen sind.

Es hat sich von neuem gezeigt, dass einzig jene Sozialisten den Interessen ihrer Völker gedient haben, die trotz der Verfolgungen und Verleumdungen dem

nationalistischen Wahn entgegengetreten sind und einen *sofortigen Frieden ohne Annexionen* gefordert haben.

Vereinigt euch deshalb mit uns in dem Feldgeschrei: **Nieder mit dem Kriege! Es lebe der Frieden!**

Arbeiter in Stadt und Land!

Die Regierungen, die imperialistischen Cliquen und ihre Presse, sagen euch, man müsse durchhalten, um die unterdrückten Nationen zu befreien. Von allen Mitteln der Irreführung, die in diesem Kriege angewendet werden, ist dies das grösste. Das wirkliche Ziel dieser allgemeinen Schlächtereier ist für die einen, die *Sicherung dessen, was sie in Jahrhunderten zusammengerafft, in vielen Kriegen erobert haben*; die andern wollen die Welt von neuem teilen, um ihren Besitz zu vergrössern; sie wollen neue Gebiete annectieren, Völker zerschneiden und zerreißen, sie zu gewöhnlichen Knechten und Heloten erniedrigen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch, dass man den Krieg fortsetzen müsse, um den Militarismus zu vernichten.

Lasst euch nicht täuschen! *Der Militarismus einer Nation kann nur durch sie selbst vernichtet werden*, und in *allen* Ländern gilt es, ihn niederzuringen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch weiter, dass man den Krieg verlängern müsse, damit es der letzte sei.

Auch das ist eine Täuschung. *Niemals hat der Krieg den Krieg getötet*. Im Gegenteil. Er weckt Revanchegelüste, denn Gewalt gebiert Gewalt.

So werden eure Peiniger nach jedem Opfer neue von euch fordern und aus diesem infernalischem Ring führt auch der Weg der bürgerlichen Friedensschwärmer nicht heraus.

Nur ein wirksames Mittel gibt es, um Kriege in der Zukunft zu verhindern: die Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums durch die arbeitenden Klassen.

Der dauerhafte Friede wird erst die Frucht des siegreichen Sozialismus sein.

Proletarier!

Wer sind die, die euch die «Durchhaltepolitik» bis zum «Siege» predigen?

Es sind die verantwortlichen Urheber des Krieges, die feile Presse, die Kriegslieferanten und alle Nutzniesser des Krieges; es sind die Sozialpatrioten, die Nachbeter bürgerlicher Kriegslosungen; die Reaktionäre sind es, die sich insgeheim darüber freuen, dass auf den Schlachtfeldern jene fallen, welche gestern noch die Vorrechte der Herrschenden bedrohten: die Sozialisten, die Gewerkschafter, alle, die den Samen des Sozialismus in Stadt und Land ausstreuten.

Das ist die Partei der Durchhaltepolitiker!

Sie verfügen über die Regierungsgewalt, sie beherrschen die lügnerische Presse, die das Volk vergiftet, sie haben die Freiheit der Agitation zugunsten der Fortsetzung des Krieges, der Häufung der Blutopfer und der Verwüstung.

Ihr aber seid die Opfer; ihr habt nur das Recht zu hungern und zu schweigen und dazu die Ketten des Belagerungszustandes, die Fesseln der Zensur, die dumpfe Luft des Kerkers.

* * *

Ihr, das Volk, die arbeitenden Massen, werdet das Opfer des Krieges, *der nicht euer Krieg ist.*

In den Schützengraben, in den vordersten Reihen steht ihr, Arbeitende aus Stadt und Land. *Hinter der Front* aber seht ihr viele der Reichen und ihre Helfershelfer, die Drückeberger in Sicherheit.

Für sie bedeutet der Krieg den Tod der andern!

Und während sie *ihren* Klassenkampf noch schärfer gegen euch führen als je zuvor, predigen sie euch den Burgfrieden. Während sie euer Elend, eure Not schonungslos ausbeuten, suchen sie euch zum Verrat an der Pflicht gegen eure Klasse zu bewegen und euch eure beste Kraft, die Hoffnungen auf den Sozialismus aus dem Herzen zu reißen.

Noch deutlicher als im Frieden zeigen sich im Kriege die soziale Ungerechtigkeit und die Klassenherrschaft.

Im Frieden raubt das kapitalistische System dem Arbeiter alle Lebensfreude, *im Kriege* raubt es ihm alles, das Leben selbst.

Genug des Mordens! Genug des Leidens!

* * *

Genug der Verheerung nicht minder!

Denn auf euch, ihr Arbeitenden, fallen heute und in Zukunft diese jetzt aufgetürmten Ruinen.

Hunderte von Milliarden werden heute dem Kriegsgott in den Rachen geworfen und sind so für die Wohlfahrt des Volkes, für die Kulturziele und für die Zwecke der sozialen Reformen verloren, die euer Los erleichtern, die Volksbildung fördern, und das Elend mildern könnten.

Und morgen werden neue schwere Steuern auf eure gedrückten Schultern fallen.

Ein Ende darum der Vergeudung eurer Arbeit, eures Geldes, eurer Lebenskraft! *Auf zum Kampfe für den sofortigen Frieden ohne Annexionen.*

* * *

In allen kriegführenden Ländern sollen sich die Frauen und Männer der Arbeit gegen den Krieg und seine Folgen, gegen das Elend und die Entbehrung, gegen die Arbeitslosigkeit und die Teuerung wenden. Mögen sie ihre Stimme erheben, für die Wiederherstellung der ihnen entrissenen bürgerlichen Freiheiten, für die soziale Gesetzgebung, für die Forderungen der arbeitenden Klassen in Stadt und Land.

Mögen die *Proletarier der neutralen Länder* den Sozialisten in den kriegführenden Staaten in ihrem schweren Kampfe beistehen und sich mit aller Kraft der weiteren Ausbreitung des Krieges widersetzen.

Mögen die *Sozialisten aller Länder* gemäss den Beschlüssen der internationalen Kongresse handeln, wonach es die Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle Anstrengungen zu machen, um ein rasches Ende des Krieges herbeizuführen.

Uebt auf eure Abgeordnete, auf eure Parlamente, auf eure Regierungen den stärksten Druck aus.

Fordert die sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen durch die Vertreter der sozialistischen Parteien. Verlangt von den sozialistischen Parlamentariern, dass sie von nun an gegen alle Kriegskredite stimmen.

Wirkt mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln für die rasche Beendigung der Menschen-schlächtere!

Sofortige Waffenruhe, das sei eure Losung! Auf zum Kampfe, ihr Völker, die man ruiniert und tötet!

Mut! Denkt daran, dass ihr die Mehrzahl seid und wenn ihr es wollt, die Macht sein könnt.

Die Regierungen sollen es wissen, dass in allen Ländern der Hass gegen den Krieg und der Wille zur sozialen Vergeltung wächst und dann wird die Stunde des Völkerfriedens herannahen.

Nieder mit dem Kriege!

Es lebe der Frieden, der sofortige Frieden, ohne Annexionen!

Es lebe der internationale Sozialismus!

1. Mai 1916.

Die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz.

* * *

Die folgenden *Organisationen* haben ihre Zustimmung zur Zimmerwalder-Aktion erteilt:

Sozialdemokratische Partei *Italiens* — Sozialdemokratische Partei der *Schweiz* — British Socialist Party *Englands* — Independent Labour Party *Englands* — Sozialdemokratische Partei *Rumäniens* — Sozialdemokratische Arbeiterpartei *Russlands*, Zentralkomitee — Sozialdemokratische Arbeiterpartei *Russlands*, Organisationskomitee — Partei der Sozialisten-Revolutionäre *Russlands* (Internationalistische Richtung) — Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in *Litauen, Polen und Russland* — Die drei *polnischen sozialistischen Parteien*, Hauptvorstand und Landesvorstand der polnischen Sozialdemokratie und Zentralkomitee der polnischen sozialistischen Partei — Die sozialdemokratische Arbeiterpartei *Bulgariens* — Die sozialdemokratische Partei *Portugals* — Die sozialistische Föderation von *Saloniki* — Der sozialistische Jugendverband *Schwedens* und *Norwegens* — Die Socialist Labor Party *Amerikas* — Die Socialist Party *Amerikas* — Die deutsche Sprachgruppe der Socialist Party *Amerikas* — Die sozialdemokratische Partei *Letlands* — Der sozialistische Jugendverband *Dänemarks* — Die sozialistische Jugendorganisation *Madrids* — Internationale Sozialisten-Liga *Südafrika* — Allgemeiner Gewerkschaftsbund *Italiens* — Verband der Gewerkschaften in *Bulgarien* — Die verschiedenen Gruppen der oppositionellen Minderheit in der *deutschen Sozialdemokratie* — Die gewerkschaftlichen und sozialistischen Minderheiten *Frankreichs* — Der sozial-revolutionäre Verein *Hollands*.

An der zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz haben die folgenden *sozialistischen Parlamentarier* teilgenommen:

Frankreich: Pierre Brizon, Deputierter von Allier; Alexandre Blanc, Deputierter von Vaucluse; Raffin-Dugens, Deputierter der Isère. *Italien*: Prampolini, Morgari, Modigliani, Musatti, Dugoni. *Deutschland*: A. Hoffmann, Mitglied des preussischen Landtages; H. Fleissner, Mitglied des sächsischen Landtages. *Serbien*: T. Katzlerowitch. *Schweiz*: Graber, Grimm und Naine.

* * *

Verschiedene sozialistische Abgeordnete des *deutschen Reichstages*, die an der Konferenz teilnehmen wollten, wurden durch die deutsche Regierung am Ueberschreiten der Grenze verhindert; in der gleichen Lage befanden sich andere Delegierte und Parlamentarier (aus Frankreich, England, Oesterreich-Ungarn), denen die Beteiligung an der Konferenz aus den nämlichen äusseren Gründen versagt war.

Resolutionen

Die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen.

Aus den Beratungen der *zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder-Konferenz* (24. bis 30. April 1916) ist die folgende, in der Schlussabstimmung von allen Teilnehmern angenommene Resolution über die *Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen* hervorgegangen.

I.

1. Die moderne Entwicklung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse erzeugte die imperialistischen Gegensätze. Ihr Ergebnis ist der gegenwärtige Weltkrieg, für dessen Interessen die ungelösten nationalen Fragen, die dynastischen Bestrebungen und alle historischen Ueberbleibsel des Feudalismus ausgenützt werden. Das Ziel dieses Krieges ist die Neueinteilung des bisherigen Kolonialbesitzes, die Unterwerfung wirtschaftlich rückständiger Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Der Krieg hebt weder die kapitalistische Wirtschaft noch ihre imperialistische Form auf. Er vermag daher auch die Ursachen künftiger Kriege nicht zu beseitigen. Er stärkt das Finanzkapital, lässt die alten nationalen und Weltmächts-Probleme ungelöst, verwirrt sie und schafft neue Gegensätze. Dadurch entsteht eine Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, werden neue Rüstungen hervorgerufen und die Gefahr weiterer kriegsrischer Verwicklungen heraufbeschworen.

3. Wenn daher die Regierungen, ihre bürgerlichen und sozialpatriotischen Agenten behaupten, der Krieg habe die Schaffung eines dauerhaften Friedens zum Zwecke, so sagen sie die Unwahrheit oder sie ignorieren die Bedingungen für die Verwirklichung eines solchen Zieles. Die Annexionen, die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse der imperialistischen Staaten können, sowenig wie die obligatorischen Schiedsgerichte, Einschränkung der Rüstungen, die sogenannte Demokratisierung der auswärtigen Politik usw. auf dem Boden des Kapitalismus den dauerhaften Frieden herbeiführen.

4. Die Annexionen, das heisst die gewalttätige Angliederung fremder Nationen, schüren den Völkerhass und vermehren die Reibungsflächen zwischen den Staaten. Die politischen Allianzen und wirtschaftlichen Bündnisse der imperialistischen Mächte sind ein direktes Mittel zur Erweiterung des Wirtschaftskrieges, der neue Weltkonflikte bewirkt.

5. Die Pläne, durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte die Kriegsgefahr aufzuheben, sind eine Utopie. Sie setzen ein allgemein anerkanntes Recht voraus, eine materielle Macht, die über den gegensätzlichen Interessen der Staaten steht. Ein solches Recht, eine solche Macht fehlen und der Kapitalismus, der die Tendenz hat, die Gegensätze zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Länder oder ihren Koalitionen zu verschärfen, lässt sie nicht aufkommen. Die demokratische Kontrolle über die auswärtige Politik hat eine vollkommene Demokratisierung des Staates zur Voraussetzung. Diese Kontrolle kann nur eine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus, in keiner Weise aber ein Mittel zur Umgestaltung der Diplomatie in ein Instrument des Friedens sein.

6. Aus diesen Erwägungen muss die Arbeiterklasse die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen. Die Pazifisten wecken an Stelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst

dieser Illusionen zu stellen, die letzten Endes nur der Irreführung der Massen, der Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.

II.

7. Gibt es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden herzustellen, so werden dessen Voraussetzungen durch den Sozialismus geschaffen. Der Sozialismus, der das kapitalistische Privateigentum aufhebt, beseitigt mit der Ausbeutung der Volksmassen durch die besitzenden Klassen und mit der nationalen Unterdrückung zugleich die Kriegsursachen. Der Kampf für den dauerhaften Frieden kann daher nur im Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bestehen.

8. Jede Aktion der Arbeiter, die den Klassenkampf preisgibt, die proletarischen Ziele denen der bürgerlichen Klassen und ihrer Regierungen unterordnet und sich mit der nationalen Ausbeuterklasse solidarisiert, arbeitet den Bedingungen eines dauerhaften Friedens entgegen. Eine solche Aktion traut den kapitalistischen Klassen und den bürgerlichen Regierungen eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen können; sie liefert überdies die besten Kräfte der Arbeiterklasse nutzlos an die Schlachtbank. Der kräftigste und fähigste Teil des Proletariats, der während des Krieges sowohl als zur Zeit des Friedens in erster Linie berufen wäre, den Kampf für den Sozialismus zu führen, wird so dem Untergang und der Vernichtung geweiht.

III.

9. Wie es schon durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel ausgesprochen wurde, kann die Stellung des Proletariats zum Kriege nicht von der gegebenen militärischen und strategischen Lage abhängig sein. Es ist daher ein Lebensgebot des Proletariats, den Ruf nach sofortigem Waffenstillstand und unverzüglicher Einleitung von Friedensverhandlungen zu erheben.

10. Nur in dem Masse als dieser Ruf in den Reihen des internationalen Proletariats Gehör findet und zu tatkräftigen Aktionen mit dem Ziel der Niederwerfung der kapitalistischen Klassenherrschaft führt, wird es der Arbeiterklasse gelingen, das Ende des Krieges zu beschleunigen und Einfluss auf den Inhalt des kommenden Friedens zu gewinnen. Jede andere Stellungnahme überlässt die Festsetzung der Friedensbedingungen dem Machtspruch der Regierungen, der Diplomatie und der herrschenden Klassen.

11. Im revolutionären Massenkampf für die Ziele des Sozialismus und damit für die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Militarismus und des Krieges, muss sich das Proletariat gegen alle Annexionsgelüste der Kriegführenden wenden. Ebenso hat es alle unter der falschen Flagge der Befreiung unterdrückter Völker auftretenden Versuche zur Schaffung angeblich unabhängiger, in Wirklichkeit nicht lebensfähiger Staaten abzulehnen. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen Annexionen nicht deshalb, weil es die Weltkarte, wie sie vor dem Kriege bestand, als den Interessen der Völker entsprechend und daher als unänderlich betrachtete. Der Sozialismus selbst strebt nach der Aufhebung jeglicher nationaler Unterdrückung durch die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker auf demokratischer Grundlage, die im Rahmen kapitalistischer Staatsgrenzen nicht verwirklicht werden kann. Die Erreichung dieses Zieles erschweren aber gerade die Annexionen, in welcher Form immer sie auftreten, weil die gewalttätige Zerstückelung der Nationen, ihre willkürliche Aufteilung und Einverleibung in fremde Staaten die Bedingung des proletarischen Klassenkampfes verschlechtern.

12. Solange der Sozialismus die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker nicht verwirklicht hat, ist es die dauernde Pflicht des Proletariats, sich durch den Klassenkampf energisch gegen jede nationale Unterdrückung zu wehren, jeder Vergewaltigung der schwächeren Nationen sich zu widersetzen, den Schutz der nationalen Minderheiten und die Autonomie der Völker auf dem Boden der vollen Demokratie zu fordern.

13. Ebenso unvereinbar wie die Annexionen ist mit den Interessen des Proletariats die Forderung von Kriegsentschädigungen zugunsten imperialistischer Mächte. Wie die herrschenden Klassen die Kosten der Kriegführung in jedem Lande auf die Schultern der Arbeiterklasse abwälzen suchen, so würden auch die Kosten der Kriegsentschädigungen letzten Endes von den arbeitenden Klassen des betreffenden Landes getragen werden müssen. Diese Ueberwälzung schädigt gleichzeitig die Arbeiterklasse des siegreichen Landes, indem die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Klassen des einen Landes auf die des andern zurückwirkt und so die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes erschwert. Nicht Ueberwälzung der ökonomischen Folgen des Krieges von einem Volke auf das andere, sondern ihre allgemeine Abwälzung auf die Besitzenden durch die Annullierung der durch den Krieg entstandenen Staatsschulden.

14. Der aus allen Nöten der Völkerschlächtereie entstehende Kampf gegen den Krieg, gegen den Imperialismus wird in der Zukunft mit vermehrter Kraft aus allen den Folgen erwachsen, mit denen die imperialistische Aera die Volksmassen geißelt. Die Internationale wird die Massenbewegungen gegen die Teuerung, Arbeitslosigkeit, für die Agrarforderungen der ländlichen Arbeiterklassen, gegen die neuen Steuern und die politische Reaktion erweitern und vertiefen, bis diese Bewegungen sich in einem allgemeinen internationalen Kampf um den Sozialismus vereinigen.

Das Internationale sozialistische Bureau und der Krieg.

Die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz (24. bis 30. April 1916) hat zum Verhalten des I. S. B. während des Krieges einstimmig folgende Resolution gefasst:

I.

«In Erwägung, dass das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus (I. S. B.) in der Erfüllung der ihm durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse klar und deutlich umschriebenen Pflichten vollständig versagt hat, indem es, trotz mehrfachem Verlangen verschiedener nationaler Sektionen, die Einberufung der Plenarsitzungen hartnäckig verweigerte;

dass auf diese Weise das Exekutivkomitee nicht nur nichts unternommen hat, um die tiefe Krise zu überwinden, die der Krieg über die Internationale heraufbeschwor, sondern sie im Gegenteil verschärfte, indem es sich zum Mitschuldigen an der Politik der Prinzipienverleugnung, der sogenannten Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens machte, dieser Politik, welche die Arbeiterklasse in einen Zustand schmähhlicher Ohnmacht versetzte;

dass diese Mitschuld ihren prägnantesten Ausdruck in der Tatsache gefunden hat, dass der Präsident des Exekutivkomitees die Stellung des Ministers eines im Kriege stehenden

Staates und des Präsidenten des I. S. B. glaubte vereinigen zu können, um so das zentrale Organ der Arbeiterinternationale zu der unwürdigen Rolle eines servilen Werkzeuges und einer Geißel in den Händen einer der imperialistischen Koalitionen zu erniedrigen;

in weiterer Erwägung, dass sich nach zwanzig Monaten des Krieges und angesichts der wachsenden Entrüstung der Massen, die sich von dem Alpdruck des Chauvinismus befreien, das Exekutivkomitee die Frage der Einberufung des Bureaus geprüft hat;

dass dieses Bestreben mit der zum voraus gegebenen Anerkennung des brudermordenden Krieges begleitet war, deren Rechtfertigung in der sogenannten nationalen Verteidigung gesucht wurde;

dass das Exekutivkomitee, in demselben Augenblick, wo es denen, die das sozialistische Banner verleugnet haben, die Absolution erteilte, alle Anstrengungen macht, die revolutionären Elemente der Internationale zu bekämpfen, die sich über dem blutigen Durcheinander wiedergefunden haben und sich zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg die Bruderhand reichten;

dass auf diese Weise der Versuch zur Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den nationalen Sektionen den Charakter eines Sonderfriedens zwischen den Sozialpatrioten erhält;

dass infolge der allen sozialistischen Grundsätzen widersprechenden Beziehungen, die durch den Krieg zwischen den Regierungen und den sozialpatriotischen Führern in den meisten Ländern geschaffen wurden, zu befürchten wäre, dass das Exekutivkomitee das I. S. B. unter Umständen in einem Augenblick einberufen würde, der den politischen Interessen einer oder der beiden Mächtekoalitionen entspräche,

empfiehlt die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz den der Internationalen sozialistischen Kommission (I. S. K.) zu Bern angeschlossenen Organisationen die Handlungen des Exekutivkomitees des I. S. B. mit der grössten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Konferenz ist der tiefen Ueberzeugung, dass die Internationale nur in der Masse als wirkliche politische Macht aus dem Zusammenbruch neu entstehen wird, als das Proletariat sich von den imperialistischen und chauvinistischen Einflüssen freimachen und den Weg des Klassenkampfes und der Aktion der Massen wieder betreten wird.

Für den Fall, dass die Plenarsitzung des Bureaus zustandekommt, sollen die Delegierten der auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz stehenden Parteien und Organisationen durch ihre Teilnahme den besonderen Zweck verfolgen, die tatsächlichen Absichten des nationalistischen Sozialismus, der die Arbeiterklasse von ihren Zielen ablenken wollte, zu entschleiern und diesem koalitierten Täuschungsversuch rücksichtslos und ohne jede Einschränkung die fundamentalen Prinzipien entgegenzusetzen, auf deren Grundlage sich die internationalistische Opposition in allen Ländern konstituiert hat.

II.

Sollte das Exekutivkomitee des I. S. B. die Einberufung des Bureaus beschliessen, so hat die I. S. K. womöglich die erweiterte Kommission einzuberufen, um die Frage des gemeinsamen Vorgehens der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Vertreter zu besprechen.

III.

Die Konferenz anerkennt das Recht der der I. S. K. angeschlossenen nationalen Sektionen, von sich aus die Einberufung des I. S. B. zu verlangen.»

Zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz abgehalten am 24. bis 30. April 1916

Offizieller Verhandlungsbericht

1. Die Vorbereitung der zweiten Konferenz.

Auf Veranlassung der Internationalen sozialistischen Kommission zu Bern, die von der im September 1915 abgehaltenen internationalen Tagung in Zimmerwald eingesetzt worden war, fanden sich die Vertreter der dieser Kommission angeschlossenen Organisationen und Gruppen zu einer zweiten internationalen sozialistischen Konferenz ein. Diese Konferenz tagte vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal (Schweiz).

Die Notwendigkeit einer neuen Zusammenkunft und Aussprache der auf dem Boden der internationalen Kongressbeschlüsse und der im Zimmerwalder Manifest ausgesprochenen Grundsätze stehenden Parteien, Minderheiten und Gruppen behufs Stellungnahme zu den seit der ersten Konferenz eingetretenen Ereignissen, die Aufgaben, die sich für eine zweite Konferenz aus der Entwicklung der Praxis des sozialistischen Kampfes ergaben, hatte die I. S. K., in Verbindung mit Vertretern zahlreicher angeschlossener Organisationen, schon im Februar 1916 in einem Rundschreiben (siehe Bulletin der I. S. K. Nr. 3) deutlich umschrieben. «Die Hauptaufgabe des Sozialismus», heisst es in jenem Rundschreiben, «muss heute darauf gerichtet sein, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und Handlungsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zusammenzufassen.»

Von der Erwägung ausgehend, dass die nach der Zimmerwalder Konferenz eingetretenen Ereignisse die Richtigkeit der in Zimmerwald aufgestellten praktischen und theoretischen Forderungen bestätigte, und nachdem es auf jene die proletarische Bewegung hemmende, den Krieg verlängemde und die Interessen der internationalen Arbeiterklasse auf's schwerste schädigende Stellung der offiziellen sozialistischen Parteien und ihrer Mehrheiten, die auf dem Boden des Burgfriedens stehen, hingewiesen hatte und auf die passive Haltung des Internationalen sozialistischen Bureaus im Haag aufmerksam machte, unterbreitete die I. S. K. den angeschlossenen Organisationen eine Tagesordnung für die zweite Konferenz und setzte die Zulassungsbedingungen in folgender Weise fest:

1. Zugelassen werden nur die Vertreter solcher politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen oder die Einzelpersonen, die sich auf den Boden der Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz stellen.

2. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien oder Gewerkschaftsorganisationen der I. S. K. angeschlossen sind, werden nur die von ihnen bezeichneten Vertreter zugelassen.

3. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien der I. S. K. nicht angeschlossen sind, werden die Delegierten nur von solchen Organisationen und Gruppen zugelassen, die:

- a) im gegebenen Lande in Wort und Schrift im Sinne der Zimmerwalder Beschlüsse wirken;
- b) die sich über ihre Tätigkeit gegenüber der I. S. K. ausweisen.

4. Persönliche Vertretungen sind nur ausnahmsweise und nur mit beratender Stimme zulässig.

5. Ueber die Gültigkeit der Mandate entscheidet im Streitfall, nach Anhörung der Gründe und in Berücksichtigung der Verhältnisse endgültig eine von der Konferenz gewählte Kommission von 9 Mitgliedern, in welcher Zahl auch die 4 Mitglieder der I. S. K. eingeschlossen sind.

6. Das Stimmenverhältnis wird durch die Konferenz festgestellt.

Die Berichte, die jeweilen im Bulletin der I. S. K. veröffentlicht werden, sowie die in der Tagespresse zerstreuten Nachrichten aus dem sozialistischen Parteileben der kriegführenden Länder, bieten genügend Anhaltspunkte für den Widerhall, den die Zimmerwalder Konferenz und das von ihr erlassene Manifest gefunden haben. Das Bewusstsein, zu dem das Proletariat und Parteikreise sich nun allmählich durchringen, nachdem der durch den Krieg und die Haltung der nationalen und internationalen sozialistischen Instanzen hervorgerufene Rausch verfliegen ist, machte eine möglichst zusammenfassende, aufklärende, auf dem Internationalismus des proletarischen Denkens und Handelns fussende Aktion notwendig. Dass die Uebereinstimmung der proletarischen Interessen und des Endzieles der sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse durch den Krieg nicht etwa vernichtet, sondern durch dessen imperialistischen Charakter im Gegenteil nur unterstrichen wurde, konnte am besten durch die gemeinsame, übereinstimmende, von den gleichen Zielen geleitete Tätigkeit des Proletariats der kriegführenden Länder bewiesen werden. Der praktische und erfolgreiche Versuch hierzu war die Tatsache der September-Konferenz, ihrer Beschlüsse, ihres Manifestes wie der deutsch-französischen Erklärung. Darin liegt die Bedeutung der Zimmerwalder Aktion — und mag sie noch so bescheiden sein — dass sie das im Schwinden begriffene Bewusstsein der internationalen und revolutionären Aufgaben des Proletariats neu erweckte. Dabei sind sich wohl die Anhänger der Zimmerwalder Aktion und die Teilnehmer an ihren Konferenzen nie darüber im unklaren gewesen, dass selbstverständlich eine internationale Tagung allein die proletarische Internationale nicht zum Leben und zur Aktionsfähigkeit erwecken kann. Die Internationale muss aus dem sozialistischen Bewusstsein und seiner praktischen Anwendung in den einzelnen Ländern selbst hervorgehen, sie kann nicht durch ein paar Kongressbeschlüsse lebendig und zu einer politischen Macht werden. Hatte man es aber in der Wiederkehr des sozialistischen Bewusstseins mit einem geschichtlichen Prozess zu tun, so durfte anderseits mit dem internationalen Zusammenfassen der dem Sozialismus treugebliebenen oder zu ihm zurückgekehrten Kräfte nicht gewartet werden, bis die Erkenntnis der sozialistischen Notwendigkeit in allen Ländern und bei allen Arbeitern sich durchgesetzt hatte. Auch das internationale Bewusstsein des Proletariats kann nicht urplötzlich als etwas Fertiges entstehen, sondern nur in der Entwicklung und durch sie selbst geschaffen werden. Diese Ueberlegung führte schon zur Einberufung der durch die Praxis gerechtfertigten September-Konferenz. Dabei durfte es indessen nicht bleiben. Nach der ersten Sammlung, nachdem Zimmerwald zu einem Symbol für breite Kreise der Arbeitermassen in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern geworden war, galt es, die Aktion des Proletariats in zweifacher Richtung zu präzisieren. Positiv, indem man versuchte, eine Richtschnur für das Auftreten der Arbeiterklassen und ihrer dem Sozialismus treugebliebenen Vertreter zu geben, soweit die Fragen von internationaler Bedeutung in Betracht kommen; negativ, indem die ablehnende Stellung des Proletariats gegenüber den von pazifistischer und pseudo-sozialistischer Seite mit immer grösserem Eifer vertretenen «Lösungen» des Weltproblems zu kennzeichnen und zu begründen war.

2. Die Vertretungen.

Dass die der I. S. K. angeschlossenen Organisationen und Gruppen die Notwendigkeit eingesehen haben, die eben berührten Fragen durch internationale Beratungen zu klären, hat die unter den obwaltenden Verhältnissen als zahlreich und rege zu betrachtende Beteiligung an der zweiten Konferenz bewiesen. Würde für alle angemeldeten Teilnehmer die Möglichkeit bestanden haben, ihre Reise nach der Schweiz auszuführen, so wäre die Zahl der vertretenen Organisationen und die der Delegierten wohl mehr als ein Drittel grösser gewesen, als es der Fall war. Sind die Vertreter aus England, Oesterreich, Rumänien, Bulgarien, Schweden-Norwegen und aus Holland infolge der Passschwierigkeiten, die ihnen durch die Regierungen der kriegführenden Länder bereitet wurden, verhindert gewesen, an der Konferenz teilzunehmen, so ist die deutsche wie die französische Delegation um je etwa die Hälfte der bestimmten Abordnungen durch Passverweigerungen und andere polizeiliche Massregeln reduziert worden. Trotzdem waren folgende Länder vertreten:

Deutschland: Vertreten waren die Gruppen «Internationale», die «Opposition in der Organisation» und die Lokalorganisation einer norddeutschen Stadt durch 7 Delegierte.

Frankreich: Infolge von Passschwierigkeiten ihrer Delegierten musste sich die auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehende und in dem «Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen» vertretene Opposition in der Partei und in den Gewerkschaften mit einer prinzipiellen Zustimmung zu der zweiten Konferenz und ihren Beschlüssen begnügen. Im gleichen Falle befand sich die nationale Föderation der Lehrgewerkschaften Frankreichs, die ebenfalls eine Delegation bestimmt hatte. Dagegen waren aus Frankreich vier persönliche Vertretungen, worunter drei Abgeordnete der französischen Kammer zu verzeichnen.

England: Wie schon für die erste Konferenz, so hatte die englische Regierung auch jetzt die Ausfolgung von Pässen an die von der Independent Labour Party und der British Socialist Party bezeichneten Delegierten verweigert. Beide Parteien übersandten Sympathiegramme. Ein Mitglied der I. L. P. wohnte den Verhandlungen als Gast bei.

Italien: Offizielle Vertretung der Partei und der sozialistischen Kammerfraktion, insgesamt acht Delegierte.

Russland: Offizielle Vertretungen der Partei der Sozialisten-Revolutionäre (internationalistische Richtung) des Zentralkomitees und des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und der Sozialdemokratie Lettlands, total acht Delegierte.

Polen: Offizielle Vertretung des Landesvorstandes und des Hauptvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens sowie der polnischen sozialistischen Partei (Lewitza), mit fünf Delegierten.

Serbien: Vertretung der sozialdemokratischen Partei Serbiens durch ein Mitglied der Skuptschina.

Portugal: Ein Vertreter als offizieller Delegierter der portugiesischen sozialistischen Partei.

Schweiz: Offizielle Vertretung der sozialdemokratischen Partei durch fünf Delegierte.

Ferner war das *Internationale sozialistische Jugendsekretariat* durch einen Delegierten vertreten und anwesend waren weiter die Mitglieder der I. S. K. zu Bern, so dass die Gesamtzahl der Teilnehmer 44 betrug.

Nach der Konferenz teilte das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei *Bulgariens* mit, dass seine zwei Delegierten die österreichische Grenze nicht überschreiten konnten, und erklärte die Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen. Ebenso war der *jüdische Arbeiterbund* Litauens, Polens und Russlands verhindert, einen Delegierten abzuordnen. In einer Zuschrift begrüßte er das Zustandekommen der zweiten Konferenz aufs wärmste.

3. Die Verhandlungen.

Im Einvernehmen mit Vertretern der angeschlossenen Organisationen und Gruppen hatte die I. S. K. in ihrem Einladungsschreiben die folgende *provisorische Tagesordnung* vorgeschlagen:

1. Wahl des Bureaus und der Mandatprüfungskommission;
2. Festsetzung der Geschäftsordnung;
3. Tätigkeitsbericht der Internationalen sozialistischen Kommission zu Bern;
4. Berichte der Delegierten;
5. *Der Kampf für die Beendigung des Krieges*;
6. *Die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen*;
7. *Agitation und Propaganda*:
 - a) Parlamentarische Aktion;
 - b) Massenaktion;
8. *Die Frage der Einberufung des Internationalen sozialistischen Bureaus im Haag*;
9. Verschiedenes.

Diese Tagesordnung wurde ohne wesentliche Aenderungen beibehalten und war für die Verhandlungen der Konferenz begleitend. Dabei ist vereinbart worden, dass im Interesse der Zeitgewinnung für die übrigen Traktanden, die Berichterstattung aus den einzelnen Ländern soviel als möglich eingeschränkt werde, zumal die einzelnen Parteien in der Hauptsache bereits im *Bulletin* der I. S. K. ausführlich über die Lage der sozialistischen Bewegung in ihren Ländern zum Wort gekommen sind. So beschloss die Konferenz einleitend, nur die mündlichen Berichte der deutschen und der französischen Delegation entgegenzunehmen. Aus beiden Ländern konnten die Vertreter erfreuliche Mitteilungen über das Wachstum der Opposition machen. Die Ereignisse haben überall zu einer schärfern Abgrenzung nach der Seite der Sozialpatrioten hin geführt. In Deutschland ist es zur Trennung der Fraktion gekommen und einzelne Organisationen halten gegenüber dem Parteivorstand mit der Beitragsablieferung zurück, da man eine Behörde, die im Widerspruch zu den Parteigrundsätzen und den Parteitagebeschlüssen handle, nicht finanziell unterstützen und sie so in ihrem Kampfe gegen die internationalistisch gesinnte Opposition stärken könne. In Frankreich bedeutet die Sitzung des Nationalrates vom April 1916 gegenüber dem Weihnachtkongress 1915 einen wesentlichen Fortschritt. Auf dem Kongress gelang es noch, eine fast einstimmig gutgeheissene Resolution zu fassen, in welcher die Unterstützung der Regierungspolitik während des Krieges gefordert wird, während im April sich bereits eine Scheidung vollzog, indem ein Drittel der Mandatnehmer sich für die ungesäumte Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen aussprach. Selbstverständlich befindet sich die Bewegung in beiden Ländern — und nicht nur in Frankreich und Deutschland — erst in einem Prozess der Klärung, dessen Entwicklung deutlich aus den Berichten und ihren Ergänzungen hervorging.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Ziffern 5 und 6 der Tagesordnung: Die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen und der Kampf für die Beendigung des Krieges.

Was die *Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen* betrifft, so ging der einstimmigen Annahme der Resolution eine allgemeine Aussprache und eine lange, mühsame Arbeit in der Kommission voran. Ursprünglich lagen drei Entwürfe vor: 1. von der Gruppe der «Zimmerwalder Linken», 2. von der Gruppe «Internationale» Deutschland und 3. von einem Mitgliede der I. S. K. Die allgemeine Aussprache zeitigte zunächst das Bedürfnis, die Stellungnahme des Proletariats zu den Friedensproblemen in einer gesonderten Resolution zu umschreiben, entgegen einem Vorschlage, mit diesen Fragen gleichzeitig die allgemeinen Aufgaben der internationalen Aktion zu behandeln und Richtlinien für den Wiederaufbau der Internationalen zu fixieren. Für die Abfassung einer Resolution wurde insbesondere geltend

gemacht, dass es notwendig sei, den Tatsachen und Ereignissen zu folgen und die in Zimmerwald eingeleitete Aktion vorwärts zu entwickeln. Die Umschreibung des Verhältnisses zu den Friedensfragen sei aber auch aus unmittelbar praktischen Gründen notwendig. Die Beschlüsse von Zimmerwald, die im Manifest selbst ja nicht begründet werden konnten, haben die verschiedenste Auslegung und Kritik erfahren. Sozialpatrioten beispielsweise wollten daraus die Pflicht zur Unterstützung der Regierungspolitik der Entente ableiten. (Siehe Erklärung der I. S. K. vom 29. September 1915 im Bulletin Nr. 2.) Wieder andere hielten dem Zimmerwalder Manifest entgegen, dass es mit seiner Forderung eines Friedens ohne Annexionen den zwischenstaatlichen Zustand konservieren wolle, wie er vor August 1914 bestanden habe. Und endlich musste der Auffassung entgegengetreten werden, als ob es dem Proletariat möglich sei, Einfluss auf den Inhalt des künftigen Friedens zu gewinnen, indem es sich mit der Formulierung von mehr oder minder klug ausgefüllten Friedensvorschlägen begnügt, unter Verzicht auf einen sofortigen, gemeinsamen Kampf gegen den Krieg.

Alle Konferenzteilnehmer waren sich in der entschiedensten Ablehnung dieser unsozialistischen, das Proletariat irreführenden Auffassung einig. Nicht mit verschränkten Armen, nicht durch fein ausgeklügelte Resolutionen, Beschlüsse und Vorschläge wird die Arbeiterklasse imstande sein, den Gefahren künftiger Kriege entgegen zu wirken. Ohne für seine Forderungen zu kämpfen, zur Zeit des Friedens wie zur Zeit des Krieges, wird es ohnmächtig bleiben und keinen Druck auf die Friedensbedingungen ausüben können. Das Gerede von einem dauerhaften Frieden, dessen Verwirklichung der Politik der kapitalistischen Regierungen und ihrer Diplomatie zugeschoben wird, bedeutet eine Irreführung des Proletariats und läuft darauf hinaus, seine besten Kräfte nutzlos auf der Schlachtbank des Imperialismus zu opfern.

Bestand über alle diese Fragen keine erhebliche Meinungsverschiedenheit unter den Delegierten, so gingen die Ansichten über die praktische Bedeutung der Forderungen nach Einschränkung der Rüstungen, obligatorischen Schiedsgerichten usw. auseinander. Hierüber waltete in der Kommission eine ausgiebige Aussprache. Dass durch derartige Mittel die im Imperialismus stets wurzelnde Kriegsgefahr nicht aufgehoben werden könne, darüber bestanden keine divergierenden Meinungen, ob aber dadurch nicht eine Milderung der Kriegsgefahren eintreten könne, darüber hatte eine Minderheit eine etwas andere Auffassung. Schliesslich kam man überein, die Frage offen zu lassen und sie der Diskussion im Plenum zu unterstellen. Zu einer abschliessenden Aussprache kam es im Plenum nicht. Dieser Umstand veranlasste in der Schlussabstimmung eine Reihe von Erklärungen zu Protokoll, die zum Teil damit begründet wurden, dass die Thesen zu wenig weit gingen, während von anderer Seite hervorgehoben wurde, dass die Formulierung einzelner Stellen der Resolution eine zu pessimistische Note aufweise. Da indessen durch die Verhandlungen im Plenum und in der Kommission eine innerliche Uebereinstimmung über den Gedankengang im allgemeinen erzielt wurde, mit dem alle Teilnehmer einverstanden waren und es sich nicht darum handeln konnte, die Beratung jedes einzelnen Details zu erschöpfen, fand die Resolution in der von uns publizierten Fassung einstimmige Annahme.

Die zweite, nicht weniger Interesse und Aufmerksamkeit heischende Frage war die der *Einberufung des Internationalen sozialistischen Bureaus im Haag*. Auch in dieser Frage herrschte grundsätzliche Einmütigkeit in der Beurteilung des Verhaltens des I. S. B. Von der schärfsten Kritik am Exekutivkomitee des I. S. B. ausgehend, war man sich einig über die Ursachen seines Versagens und in der Feststellung der Tatsache, dass diese Instanz zu einer Geisel in den Händen der imperialistischen Regierungen der Entente geworden sei. Meinungsverschiedenheiten bezogen sich auf die Art der konkreten Schlüsse, die sich für die Anhänger

der Zimmerwalder Aktion aus diesen Feststellungen ergeben. Drei Richtungen standen sich hier gegenüber. Die eine Tendenz ging dahin, dass einer eventuellen Zusammenberufung des I. S. B. von den auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Parteien nicht Folge zu geben sei. Es sollte dem internationalen Generalstab des Sozialpatriotismus überlassen bleiben, seine Ohnmacht und sein inneres morsches Wesen festzustellen durch die Unmöglichkeit der sozialistischen Weiterarbeit dieses Bureaus. Die zweite Richtung vertrat die Ansicht, dass die Anhänger Zimmerwalds zwar die Einberufung des I. S. B. nicht fordern, für den Fall, dass aber das Exekutivkomitee von sich aus die Einberufung vornehme, der Einladung doch Folge leisten sollen, um sich bei dieser Gelegenheit mit den Sozialpatrioten in der schärfsten Weise auseinanderzusetzen, um so vor dem Weltproletariat den Verrat am Sozialismus festzustellen und den Inhalt des Sozialpatriotismus und seiner verhängnisvollen Praxis zu kennzeichnen. Eine dritte Richtung endlich stimmte mit dieser Kritik überein, war aber der Ansicht, dass gerade deswegen die Einberufung des I. S. B. verlangt werden müsse. Zudem dürfte es gelingen, meinten die Vertreter dieser Auffassung weiter, die Mehrheit im I. S. B. zu erringen und so die Internationale für die in den Zimmerwalder Beschlüssen niedergelegten Grundsätze zu gewinnen. Schliesslich fand man sich, nachdem in einer komplizierten Abstimmung die Stärke der drei vorhandenen Tendenzen festzustellen versucht wurde, auf einer mittlern Linie, und man akzeptierte einstimmig eine Resolution, die eine rücksichtslose Kritik an der Haltung des I. S. B. während des Krieges übt, gegen jeden Versuch, die Tatsachen durch einen Sonderfrieden unter den Sozialpatrioten zu verwischen, Stellung nimmt und die Aufgabe kennzeichnet, die die der Zimmerwalder Aktion angeschlossenen Parteien zu erfüllen haben in dem Falle, da die erweiterte Internationale sozialistische Kommission die Teilnahme an der Sitzung des I. S. B. empfehlen sollte. Dabei betonte die Mehrheit der Konferenzteilnehmer, dass, wenn auch innerhalb der Reihen der nationalen Parteien sowohl wie im Schosse der zweiten Internationalen tiefe, unüberbrückbare Gegensätze vorhanden seien, es sich keineswegs um die Dekretierung und künstliche Schaffung einer neuen Internationalen handeln könne. Diese selbst müsse aus den Massen herauswachsen, im steten und gesteigerten Kampfe der Arbeiterklasse gegen ihre Klassenfeinde, durch die Läuterung der sozialistischen Auffassung und könne nicht von einer Konferenz beschlossen werden.

War die Stellungnahme zu den zwei Hauptfragen eine Notwendigkeit, so war es nicht minder wichtig, sich abermals mit einer *Kundgebung an die Massen* zu wenden. In einem ebenfalls einmütig festgestellten Aufrufe wurde die durch den Krieg geschaffene Situation vom Standpunkt der Arbeiter aus gekennzeichnet, und zwar in einer Form, dass der logische Schluss, der sich für die Arbeiterklasse aus den Ereignissen ergibt, von ihr selbst gezogen werden kann. In einer Kommission wurden die Grundlinien und die Form der Kundgebung ausgearbeitet und die Konferenz stimmte dieser Arbeit ohne nennenswerte Modifikationen zu.

Zwischen der Behandlung der drei vorerwähnten Fragen wurde der *Kassenbericht* der I. S. K. entgegengenommen, während der Tätigkeitsbericht zusammen mit der Frage der parlamentarischen Aktion und der endgültigen Formulierung der Texte der Resolutionen und des Aufrufes an die erweiterte I. S. K. gewiesen wurden. Die I. S. K. hatte vom 6. September 1915 bis 20. April 1916 an

| | |
|----------------------------------|--------------------|
| Einnahmen | Fr. 5209. 73 |
| Ausgaben | Fr. 4517. 35 |
| zu verzeichnen, so dass sich ein | |
| Aktivsaldo von | Fr. 692. 38 ergab. |

Zu den Einnahmen haben die angeschlossenen Parteien und Gruppen insgesamt Fr. 3478. 30 beigetragen und an Zuwendungen einzelner Lokalorganisationen und Privater sind Fr. 1553. 65 zu verzeichnen. Unter den Ausgaben

figurieren Fr. 2950.90 für Druckkosten (Bulletin usw.), Fr. 988.50 für Bureaubedarf, Porti und allgemeine Unkosten und Fr. 299.25 für die Kosten der Durchführung der ersten Konferenz. Bei diesem Anlass mag bemerkt werden, dass die Mitglieder der I. S. K. für ihre Arbeit keine Entschädigung beziehen, auch für die Uebersetzungen nicht. — Die Rechnung wurde geprüft und von der Konferenz ohne Widerspruch genehmigt.

Endlich hat die Konferenz der I. S. K. noch die Redaktion einer allgemeinen *Sympathieerklärung* überwiesen, deren Wortlaut folgender ist:

«Die zweite Internationale sozialistische Konferenz entbietet all den treuen, mutigen Vorkämpfern, die inmitten der blutigen Weltkatastrophe die Fahne des Sozialismus hochhalten und trotz des Burgfriedens und der Versöhnungstheorien im Kampfe gegen den Kapitalismus keinen Waffenstillstand anerkennen, die tiefste Sympathie und ihren Gruss der Solidarität.

Indem die Konferenz alle diese tapferen Kämpfer für Freiheit, Recht und Frieden begrüsst, gibt sie gleichzeitig ihrer Iodernden Entrüstung und ihrem lebhaften Protest Ausdruck gegen die reaktionären Massnahmen und unerhörten Verfolgungen, deren Opfer unsere Genossen in Deutschland wie in Russland, in England wie in Frankreich, ja selbst in dem neutralen Schweden sind.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder einerseits auf das rücksichtslose Wüten der Reaktion, das mit der Legende des «Befreiungskrieges» in so krassem Widerspruche steht und macht andererseits auf das vorbildliche, begeisternde Auftreten der revolutionären Sozialdemokraten aufmerksam, die den Kampf ebenso nachdrücklich gegen den Sozialpatriotismus, seine verwirrenden Lehren und deren heuchlerische Vertreter wie gegen die Politik ihrer Regierungen führen,

begrüsst die aus der Haft entlassenen Vertreterinnen der sozialistischen Frauen in Deutschland und Frankreich, deren Einkerkelung ihren Einfluss auf die Massen nur erhöht hat, erhebt entschiedenen Einspruch gegen die *Judenverfolgungen* durch die russische Regierung und ihre Helfershelfer, die «liberale» Bourgeoisie, die nach dem bewährten System sich bemüht, die Juden für die Unzufriedenheit der Bevölkerung wie für die militärischen Niederlagen büssen zu lassen und

fordert alle Parteien, Organisationen und Minderheiten, die der Zimmerwalder Aktion angeschlossen sind, auf, dem Beispiele der verfolgten Genossen und Genossinnen folgend den Geist der Unzufriedenheit und des Protestes in den Massen zu schüren, sie im Sinne der internationalen revolutionären Sozialdemokratie aufzuklären, damit die einzelnen Funken und Leuchtfeuer der Empörung zu einer mächtigen Flamme des gemeinsamen, tatkräftigen Massenprotestes auflöhen und das internationale Proletariat seiner historischen Mission gemäss seine völkerbefreiende Aufgabe, den Sturz des Kapitalismus, beschleunige.»

4. Die erweiterte I. S. K.

Der vom 24. bis 30. April abgehaltenen Konferenz folgte am 2. Mai in Bern eine Sitzung der erweiterten Internationalen sozialistischen Kommission, an der ausser den Mitgliedern der I. S. K. je ein Vertreter der an der Konferenz beteiligten Organisationen und Parteien beiwohnte. Neben Geschäften administrativer Natur und der Feststellung der von der Konferenz gefassten Beschlusstexte hatte sich die erweiterte Kommission mit der Frage der *parlamentarischen Aktion* zu beschäftigen. Es wurden hierüber gutscheinende Entscheidungen getroffen, die in der Richtung des gemeinsamen Zusammenarbeitens liegen und die nun zur weitem Ausführung zunächst an die beteiligten Kreise weitergeleitet worden sind.

Einer lebhaften Diskussion rief die vom I. S. B. angekündigte *Konferenz der Neutralen*, die am 26. Juni im Haag zusammentreten sollte. Unter Berücksichtigung der von der Konferenz über das Verhalten des I. S. B. gefassten Beschlüsse waltete die Diskussion, deren Ergebnis dann von der I. S. K. den sozialistischen Parteien der neutralen Länder mit folgendem *Rundschreiben* vom 12. Mai 1916 mitgeteilt worden ist:

An die der I. S. K. angeschlossenen Parteien der neutralen Länder.

Parteigenossen!

In seinem Aufruf vom 1. Mai 1916 richtet das I. S. B. im Haag an die sozialistischen Parteien die Aufforderung, «ohne Säumen alle die politischen Fragen zu untersuchen, die nach ihrer Meinung eine Lösung in den Friedensbestimmungen verlangen». Zum Zwecke einer vorläufigen Untersuchung dieser Fragen, teilt das I. S. B. weiter mit, seien die sozialistischen und Arbeiterparteien der *neutralen Länder* zu einer *Vorkonferenz* auf den 26. Juni nach dem Haag eingeladen worden.

Gemäss einem Beschluss der zweiten Zimmerwalder Konferenz hat die erweiterte I. S. K. die Stellungnahme der ihr angeschlossenen Parteien zu dieser Vorkonferenz beraten. Dabei sind zwei Auffassungen zutage getreten. Die eine Richtung ging dahin, es sei den Parteien der neutralen Länder die Beteiligung an der Konferenz direkt zu empfehlen und eine entsprechende Aufforderung an sie zu richten. Andere wollten die Entscheidung den Parteien selbst überlassen. Die erste Meinung ging von der Erwägung aus, dass es nützlich sei, keine Gelegenheit vorbeigehen zu lassen, um die Ursachen des Versagens des I. S. B. vor der ganzen Arbeiterklasse festzustellen und den Plänen der Sozialpatrioten entgegenzutreten. Die andere Richtung neigte mehr der Auffassung zu, dass bei einer solchen Aussprache doch nichts herauskomme und die ganze Veranstaltung nur dazu dienen könne, Verwirrung zu schaffen und die Arbeiterschaft von ihren eigentlichen Zielen abzulenken.

Ein Beschluss kam nicht zustande; es soll also den einzelnen Parteien überlassen bleiben, ob sie jemand nach dem Haag schicken wollen oder nicht. Dagegen waren alle Mitglieder der erweiterten I. S. K. darin einig, dass, wenn Delegierte der uns angeschlossenen Parteien an der Konferenz im Haag teilnehmen, es ihre Pflicht sei, *gemäss den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenzen zu handeln*. Wir legen Ihnen diese Beschlüsse im Originaltext hier bei. Der eine betrifft das Verhalten des I. S. B. selbst, der andere bezieht sich auf die Friedensfragen, die ja im Haag nun besprochen werden sollen. Auf alle Fälle sollte darauf gedrungen werden, dass in der Besprechung der Friedensfragen der Standpunkt der Zimmerwalder Aktion gewahrt wird, eventuell in Form eines *besonderen Minderheitsantrages*, der später zu veröffentlichen wäre und für die Propaganda unserer Anschauung wertvolle Dienste leisten könnte.

Mit Parteigruss

(Unterschrift.)

Mit diesen Beratungen hatten acht arbeitsreiche Tage ihren Abschluss gefunden. Konnte die Konferenz nur wegleitend wirken und die schon in Zimmerwald erstmals während des Krieges wieder aufgenommenen internationalen Beziehungen festigen, so liegt es nun an den angeschlossenen Parteien und Gruppen, an den Massen selbst, dafür zu sorgen, dass die gefassten Beschlüsse ihre praktische Bedeutung erlangen und so dazu beitragen, das Proletariat für den gewaltigen Kampf, der ihm jetzt und nach dem Kriege wider eine Welt der unversöhnlichsten Feinde bevorsteht, vorzubereiten.

Bekanntmachungen der I. S. K.

Seit der letzten Publikation der der Zimmerwalder Aktion angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen haben ihren Beitritt erklärt:

24. Sozialdemokratische Partei Böckingen (Württemberg).
25. Minderheit der sozialdemokratischen Partei Bulgariens (Weitherzige).

Aus Anlass der Verurteilung der drei schwedischen Genossen Höglund, Oljelund und Hedén, des Genossen Karl Liebknecht und der Anzettelung des Blutbades in Rumänien, hat die I. S. K. folgende Kundgebungen an die angeschlossenen Parteien und Gruppen erlassen:

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

An die angeschlossenen Organisationen.

Parteigenossen! Gewerkschafter!

Seit Monaten führen die der Zimmerwalder Aktion angeschlossenen Arbeiterorganisationen Schwedens einen mutigen, unerschrockenen Kampf gegen die Kriegshetzer ihres Landes. Schlag auf Schlag entlarvten unsere Genossen die volksfeindlichen Pläne der «Aktivisten». In zahlreichen Versammlungen wie in der Presse brandmarkten sie die unter der Maske der Landesverteidigung auftretenden Rüstungsversuche. Ein vom Jugendverband einberufener Kongress, auf dem 40,000 Arbeiter vertreten waren, sanktionierte die Friedensarbeit unserer Genossen durch einen flammenden Kampfruf gegen den Krieg und forderte zur Abwehr der Kriegsgefahr die Vorbereitung eines umfassenden Massenstreiks.

Die schwedische Regierung antwortete mit einem Hochverratsprozess. Weil sie das Volk zum Frieden um jeden Preis aufriefen, wurden drei Wortführer unserer Bewegung, die Genossen Höglund, Hedén und Oljelund, vor den Richter geschleppt. Weil Höglund als Abgeordneter eine ehrliche, aufrichtige und unzweideutige Neutralitätspolitik forderte, hat man ihn seiner Immunität als Parlamentarier verlustig erklärt und so die elementarsten Verfassungsrechte mit Füßen getreten. Weil sie die Entscheidung über die Kriegs- und Friedensfrage in die Hände des Volkes legen wollten, wurden die drei Angeklagten zu «Landesverrätern» gestempelt und zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt.

Dieses Vorgehen ist unerhört, eines zivilisierten Staates unwürdig, aber es entspricht den Interessen aller herrschenden Klassen, die ihre verbrecherische Kriegspolitik um so ungestörter pflegen können, je weniger sie sich an die demokratische Kontrolle und an das Entscheidungsrecht des Volkes zu halten haben. Das war auch der Zweck des schwedischen Hochverratsprozesses, dessen politischer Hintergrund uns schwer zu erkennen ist. Die drei Genossen mussten verurteilt werden, weil man in ihnen die mächtige Friedensbewegung der internationalistisch gesinnten Arbeiterschaft Schwedens zu treffen hoffte.

Parteigenossen!

Dieser Plan wird an der Wachsamkeit, am Opfernmut, an der revolutionären Gesinnung unserer schwedischen Freunde scheitern. Bereits sind andere an die Stelle der eingekerkerten Genossen getreten, und ihr bis jetzt wöchentlich erscheinendes Pressorgan konnte in ein Tagblatt umgewandelt werden. Nun gilt es, die schwedischen Genossen in ihren Bemühungen für die Erhaltung des Friedens tatkräftig zu unterstützen und gleichzeitig lauten Protest gegen die brutalen Verfolgungen, gegen den Tendenzprozess zu erheben.

Der Kampf unserer schwedischen Brüder ist ein Teil unseres allgemeinen, internationalen Kampfes, ihre Ziele keine andern, als die in den Beschlüssen der Internationale umschriebenen und im Manifest von Zimmerwald bestä-

tigten. Wir fordern daher alle der I. S. K. angeschlossenen Organisationen auf, in der Presse, in privaten und öffentlichen Versammlungen zu den Ereignissen in Schweden Stellung zu nehmen, die gesamte Kulturwelt auf die schmachvollen Verfolgungen hinzuweisen und den schwedischen Arbeitern, die bereit sind, ihr Herzblut im Kampfe für den Frieden und für die proletarischen Ziele hinzugeben, die unverbrüchliche Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden.

Es lebe die internationale Solidarität!

Bern, im Mai 1916.

Die internationale sozialistische Kommission.

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

Proletarier!

Ein Pesthauch der Reaktion durchzieht Europa. Kaum ist das Schreckensurteil in dem gegen drei der sozialistischen Vorkämpfer Schwedens angestregten Hochverratsprozess zum zweiten Male sanktioniert worden und schon sind die Schergen der herrschenden Klassen daran, an den Vertretern des internationalen Sozialismus neue Justizmorde zu verüben.

Am 28. Juni ist Karl Liebknecht von den Handlangern des deutschen Imperialismus auf zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus geschickt worden. Einer der mutigsten, unerschrockensten Verfechter der sozialistischen Ideen, einer der unbeugsamsten Kämpfer der Internationalen musste mundtot gemacht werden, weil die herrschenden Klassen die von ihm mit Flammenzeichen verkündete Wahrheit über den Krieg und seine Zusammenhänge nicht länger ertragen konnten.

In Rumänien hat die Bourgeoisie den Schrei der hungernden Volksmassen nach Brot mit einem furchtbaren Blutbad beantwortet. Da die Regierung den Krieg nicht an der Seite einer der imperialistischen Mächtekoalitionen führen konnte, entfesselt sie ihn gegen das eigene Volk. Racovsky, einer der rühmlichsten Mitarbeiter an dem Werk der Wiederherstellung der internationalen proletarischen Aktion, der unermüdliche, erfolgreiche Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung Rumäniens, ist mit vielen andern Parteigenossen verhaftet worden.

Was ist der Sinn aller dieser Ereignisse? Wer für die Interessen der arbeitenden Klassen eintritt, wer Leben und Gesundheit der Menschen gegen den beutegierigen Kapitalismus und Imperialismus verteidigen will und in diesem Kampfe seinen ganzen Mann stellt, der muss ins Zuchthaus! Die Wahrheit soll erwürgt werden, die Völker sollen nicht wissen, dass sie nicht nur Kanonenfutter sind, sondern ein verbrieftes Recht haben, ihr Leben zu schützen.

Parteigenossen!

Bereits haben die Arbeiter der Länder, in denen diese reaktionären Ereignisse sich abspielten, Verwahrung und Protest dagegen eingelegt. In Deutschland, in Schweden wie in Rumänien ist der Protest gegen die Attentate auf die Wortführer der Arbeiterbewegung in der Form spontan entstandener Demonstrationen und Massenstreiks aus dem arbeitenden Volke selbst herausgewachsen. Die Massen haben begriffen, um was es geht; sie wissen, dass durch die Verhaftungen und die Gewalturteile ihre Bewegung selbst getroffen werden soll.

Diese Bewegung aber ist eure Bewegung in jedem einzelnen Lande. Die herrschende Reaktion im einen Lande richtet sich gegen die internationale Arbeiterbewegung im allgemeinen. Darum wollen und dürfen wir diesen Anschlägen nicht tatenlos gegenüberstehen. Nur eine Phalanx gibt es heute noch: die des internationalen sozialistischen Proletariats gegen die Welt der kapitalistischen Ausbeuter und imperialistischen Kriegsschürer, die trotz der nationalen Gegensätze und Widersprüche geeinigt dasteht im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und ihre Menschheitsforderungen.

Heraus darum, zum Protest! Vorwärts zum Kampfe, durch den allein die Internationale der Tat und der Kraft geschaffen wird!

Bern, 1. Juli 1916.

Die internationale sozialistische Kommission.

Erklärung.

In der überpatriotischen «Justice», die, wie bekannt, nicht mehr Organ der B.S.P. ist, deren Mehrheit auf internationalem Boden steht, wurde die I.S.K. aufgefordert, eine «Erklärung» abzugeben, und zwar sei behauptet worden, Genosse Adolf Hoffmann habe auf der Kienthaler Konferenz gesagt, in Deutschland sei, trotz der Unzufriedenheit der Massen, an keine Bewegung während des Krieges zu denken; erst nach dem Kriege würde das deutsche Volk mit seinen Herrschern abrechnen. Die Unausführbarkeit einer offenen Protestbewegung in Deutschland sollte aber die Sozialdemokraten demokratischerer Länder nicht davon abhalten, zu äussersten Mitteln in dem Kampfe gegen den Krieg zu greifen.

«So eine Erklärung», fährt die «Justice» fort, indem sie selbst an ihrer Wahrscheinlichkeit zweifelt, «ist nichts anderes als die Aufforderung an die Sozialisten Frankreichs und Englands, die Verteidigung der obgenannten Länder gegen deutsche Angriffe zu sabotieren. Die I.S.K. solle schleunigst berichtigen, falls der Genosse Hoffmann nicht das gesagt habe, was ihm zugeschrieben wird.»

Die I.S.K. hat auch schleunigst berichtet, indem sie in einem an den «Labour Leader» gerichteten Brief der «Justice» versichert, diese könne sich beruhigen. Keinem deutschen Delegierten sei es je eingefallen, den Vertretern der «demokratischeren» Länder irgendwelche Ratschläge zu erteilen, wie es gerade den auf dem Boden der Zimmerwalder Richtlinien und Beschlüsse stehenden nie eingefallen sei, die Länder — sofern es sich um die imperialistischen Beweggründe des Krieges, beziehungsweise um die Pflicht der Sozialisten und Proletariern, gegen ihn zu kämpfen, handelt — in mehr oder minder demokratische einzuteilen. An dem tendenziösen Bericht, der an die «Justice» gelangte, sei überhaupt kein wahres Wort. Durch diese Feststellung hoffen wir auch, Noske beruhigt zu haben. Aus den angeblichen Behauptungen des Genossen Hoffmann haben nämlich die sich sonst so scharf bekämpfenden Sozialpatrioten von hüben und drüben für die von ihnen vertretene Sache Nutzen zu ziehen gesucht. In rührendem Einvernehmen haben sie aus der angeblichen Rede diametral entgegengesetzte Schlüsse gezogen, was beweist, wie gut die Herren informiert sind und wie sie ihre Leser und Anhänger über die Vorgänge in der Internationalen informieren.

Zur Notiznahme.

Um den Kassaverkehr zu erleichtern, haben wir ein Postcheckkonto errichten lassen. Alle Geldsendungen können inskünftig an die folgende Adresse gerichtet werden: *Internationale sozialistische Kommission (Postcheckrechnung Bern, III 1662).*

Berichte aus kriegführenden Ländern

Bericht aus Frankreich.

Anfangs Juni haben wir aus Frankreich folgenden für das Bulletin bestimmten Situationsbericht erhalten. Er wurde verfasst noch vor dem Zeitpunkt, da die französischen Deputierten, die an der zweiten internationalen Konferenz teilnahmen, in der Kammer gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt haben.

Die Kienthaler Konferenz wurde von der französischen Presse etwas weniger ignoriert als die von Zimmerwald. Aber obwohl alle Zeitungen ihr ganze Artikel widmeten, haben sie doch nichts Besonderes gesagt. Keine hat das Manifest oder die Resolutionen gebracht. Die nationalistische, das heisst fast die gesamte Presse hat in der Konfe-

renz nichts anderes finden können als einen Anlass zu ent-rüsteten Artikeln gegen die drei französischen Deputierten, die ihre «heiligsten Pflichten» soweit vergassen, dass sie zu einer Beratung mit den Deutschen gingen im Moment, wo vor Verdun die Kanonen donnern.

Die «Humanité» hat einen zwei Spalten langen Bericht von Homo-Grumbach voller Zweideutigkeiten, Anspielungen und perfidem Klatsch veröffentlicht. Homo strengt sich an zu beweisen, dass nicht die in Zimmerwald und Kienthal verkündeten Grundsätze es sind, die die Internationale zum Fortschritt und zur Rückkehr zu sich selbst führen können, er bemüht sich, einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Manifest von Kienthal und den dort angenommenen Beschlüssen herauszufinden. Er ist offenbar derselben Meinung wie die leitenden französischen Sozialisten, dass die sozialistische Masse kein Bedürfnis habe, informiert zu werden, und dass es genüge, wenn einige Personen alles wissen, Leute, die sich das Recht herausnehmen, im Namen dieser Massen zu denken und zu handeln. Aber das Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen hat diese Lücke ausgefüllt. Es veröffentlicht zwei Flugblätter, die die angenommenen Texte und Einzelheiten über die Konferenz brachten. Diese zwei Flugblätter wurden in allen Organisationen verbreitet.

Wie seinerzeit nach Zimmerwald, so hält es auch jetzt die C. A. P. für notwendig, vor der Aktion dieser Konferenz zu warnen, ohne freilich etwas über deren Arbeiten zu sagen. Sie ist sogar noch weiter gegangen, indem sie sich zu dem Verfahren entschloss, die drei «Delinquenten» vor sich erscheinen zu lassen. Blanc antwortete würdig; er wäre bereit zu kommen, um Erklärungen abzugeben, aber nur unter der Bedingung, dass Sembat, Thomas und Hervé, die Träger des nationalen Sozialismus und der Union sacrée, gleichfalls erscheinen. Brizon schickte eine schriftliche Verteidigung: «Ich bin nach Kienthal gegangen nur um das zu tun, was die Leiter des französischen Sozialismus im Haag nicht tun wollen.» Raffin-Dugens erschien vor dem Tribunal, aber keineswegs als Angeklagter. Schliesslich wurde es den Federationen, denen die drei Deputierten angehören, überlassen, die Angelegenheit zu prüfen, falls sie es für nötig halten würden; damit hätte man allerdings beginnen sollen.

Fürchtet gegenwärtig die C. A. P. jede Berufung auf den Sozialismus, so flössen ihr die grossen sozialistischen Daten nicht geringere Angst ein. Kein 1. Mai mehr! Keine Manifestation bei der Mauer der Föderierten, dem Symbol der Verbrechen der Bourgeoisie im Jahre 1871! Um ihr Widerstreben zu rechtfertigen, gibt sie an, dass die einzige Art, auf die man die Solidarität mit den Toten von 1871 kundgeben könne, in dem Kampf für die Vernichtung des deutschen Imperialismus bestehe. Inzwischen schrecken die Nationalisten, die dasselbe Lied singen, vor grossen öffentlichen Demonstrationen nicht zurück. Sie rufen die Massen zum Sacré-cœur, um «Rom und Frankreich zu retten». Sie haben Jeanne d'Arc zu Ehren einen Zug durch Paris veranstaltet. Tatsache ist, dass die C. A. P. sich vor dem Sozialismus fürchtet. Keine Diskussionen, keine Versammlungen, und kommen welche trotzdem zustande, so werden sie totgeschwiegen. Sie lässt jeden Bericht durch die Regierungszensur unterdrücken. Dafür lässt sie es zu, dass Thomas dem russischen Zaren — diesem Demokraten! — Besuche abstattet oder vor den Arbeitern Creusots einen Lobgesang auf den Krieg anstimmt und dass Sembat zu den Unternehmern geht und vor ihnen die Wohltaten der Union-sacrée für heute und die Zukunft preist!

In der Kammer stellte Raffin-Dugens, sich auf die jüngsten Erklärungen Edward Greys stützend, an die Regierung die Aufforderung, ihre Kriegsziele zu präzisieren. Von den Nationalisten heftig unterbrochen, von den Minderheitlern unterstützt, erwähnte Raffin die chauvinistische Rede, die Präsident Poincaré in Nancy gehalten und die er als eine «Prahlsans-Rede» bezeichnete. Das *Journal officiel*, das von der Zensur sorgfältig gereinigt wird, unterliess es, diese Qualifikation wiederzugeben. Die *Humanité* begnügte sich mit der kommentarlosen Wiedergabe des Textes des *Journal officiel*. Einige Tage vorher hatte sie die erste Intervention Raffins gänzlich verschwiegen, der die Frage stellte, welche Opfer an Menschen und Geld die Verwirklichung des Programms, das in der Rede von Nancy enthalten war, fordern würde. Man unterdrückte alles Unbequeme. Trotz der Abstimmungsergebnisse der letzten Sitzung des Nationalrates fährt die *Humanité* fort, auch weiterhin nur Organ der Majorität und nur der Majorität zu sein. Die Minderheitler vermeiden aus Furcht vor der Spaltung jede öffentliche Aktion, die die Einheit der sozialistischen Partei bedrohen könnte. So bleiben sie die Düpierten der Majorität, die handelt, ohne sich um sie zu kümmern, und verfügt über die Gegenwart und Zukunft des französischen Sozialismus. Ausser den Provinz-Tagesblättern *Populaire du Centre* (Limoges), *Droit du Peuple* (Grenoble), *Midi Socialiste* (Toulouse) besitzt die Minorität gegenwärtig auch eine Wochenschrift, *Le Populaire*.

Doch die Zensur behandelt sie streng, schneidert in allen Artikeln herum und unterdrückt regelmässig die von den Minoritätsguppen angenommenen Resolutionen. Es darf nicht zugelassen werden, dass diese Gruppen in Berührung kommen und ihrer Kraft bewusst werden. Eine Minderheit ist nur für Deutschland gut. Kennt man auch in Frankreich die Diskussionen, die in den sozialistischen Organisationen in Deutschland geführt werden, so würde man trotzdem umsonst einen Widerhall der Stimme der französischen Minorität suchen.

* * *

Die Arbeiterorganisationen sind vor die Fragen der Einwanderung fremder Arbeitskräfte gestellt worden. Die Frauenarbeit, die Arbeitskraft der Kabylen und Anamiten genügen der Regierung für ihre Kriegsbedürfnisse und die Ladungsarbeiten in den Häfen nicht. Albert Thomas ist vor einiger Zeit nach Italien gegangen, um dort Arbeiter zu holen, und nachdem, wie es scheint, die Frage von den beiden Regierungen geregelt wurde, haben sich beide zentralen Arbeiterorganisationen mit der Angelegenheit beschäftigt. Am 1. Mai hat das Komitee der C. G. T. eine Sitzung abgehalten, der Rigola, der Sekretär der «Confederazione generale del Lavoro», und Appleton, der Sekretär der «Generale Federation of Trade Unions», beiwohnten. Die Belgier waren ebenfalls vertreten. Zuerst wurden die Punkte besprochen, in bezug auf welche den Arbeitern beider Länder Garantien gegeben werden müssen. Dann folgte ein Vorschlag, der zeigte, dass die Leiter der C. G. T. mit der ihnen eigenen Heuchelei in dieser Angelegenheit nur ein Mittel zur Wiederholung der Londoner Konferenz-Geschichte erblickten. Sie verlangten, dass eine Konferenz der Inter-Alliierten, die sie als internationale Konferenz bezeichneten, einberufen werde. Trotz der Opposition Merrheims, der für die Minderheit sprach, wurde dieser Vorschlag angenommen. Diese sogenannte internationale Konferenz soll Anfang Juli in London abgehalten werden. Wenigstens hat man in Paris so beschlossen. Aber französischerseits wurde gegen diese Teilung sofort Einspruch erhoben, nämlich von der Union des Syndicats du Rhône. Und in Italien wurde darauf viel ernster reagiert. Rigola, der kein Mandat von seiner Organisation hatte, sah nach seiner Rückkehr nach Italien, dass seine Initiative verurteilt und seine Haltung von dem Nationalrat der Confederazione Generale del Lavoro fast einstimmig desavouiert wurde. Dieser hat seinen Willen klar bekundet, auf der Grundlage von Zimmerwald zu bleiben, und es abgelehnt, an dieser Karrikatur einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Was wollen die Franzosen, Engländer, Belgier unternehmen, um diesen Schlag zu parieren? Werden sie doch eine Zusammenkunft abhalten, trotz der Abwesenheit der Italiener? Man weiss es noch nicht.

* * *

Aus Anlass des 1. Mai hatte die Syndikats-Union der Seine einen Kongress einberufen. Mehrere Sitzungen mit ziemlich langen Unterbrechungen waren nötig, um die Tagesordnung zu erschöpfen. Es genügt hier, die Diskussion über «die Haltung der Arbeiterorganisationen im Kriege», die Hauptfrage der Tagesordnung, zu erwähnen. Diese Diskussion erlaubte der Minorität, ihre Kräfte zu zählen. Eine heuchlerische Tagesordnung, von dem Sekretär Bled vorgelegt und verteidigt, sprach von der unerschütterlichen Treue der proletarischen Internationalen gegenüber und behauptete, dass nichts von den syndikalistischen Ideen preisgegeben worden sei. Aber nach dieser feierlichen Einleitung kam die übliche Sprache der Nationalisten: der Krieg wurde von Deutschland aufgezungen, und das Recht müsse über die Gewalt siegen.

Die Diskussion war leidenschaftlich, oft sogar ziemlich heftig. Bourderon und mehrere Genossen sprachen für die Minderheit. Und als die Diskussion geschlossen war, kam Jouhaux, der als Vertreter der C. G. T. beiwohnte, mit einer langer Rede, in der er seine Mitarbeit an den grossen offiziellen Kommissionen zu rechtfertigen suchte sowie seinen Willen bekundete, denselben Weg auch nach dem Kriege zu wandeln. Einige bürgerliche Zeitungen, ihn zu seiner Besonnenheit beglückwünschend, liessen doch durchblicken, diese Sprache stehe gar nicht im Einklang mit andern vor dem Kriege von den Syndikalisten gehaltenen Reden. Bei der Abstimmung sprachen sich 48 Stimmen für die Tagesordnung der Majorität aus, 20 für diejenige der Böttcher, an die sich die Minorität anschloss. Das ist ein Resultat, mit dem man zufrieden sein kann. Die Zeitungen gaben bloss den Text der angenommenen Tagesordnung wieder, ohne über die Debatten zu berichten, was dem Wunsche der Majorität entsprach. Die neue, von Sébastien Faure gegründete Wochenschrift *Ce qu'il faut dire* wollte einen Bericht bringen, wurde aber durch die Zensur, die der Majorität zur Verfügung steht, daran verhindert.

Wenn unsere Regierung es nicht fertigbringt, Wunder zu verrichten, so kann sie sich wahrlich nicht auf Hinder-

nisse, die ihr irgendeine Opposition in den Weg legt, berufen, denn die Opposition wird von der Regierung vollständig mundtot gemacht, ganz und gar paralysiert.

Die Regierung vermochte noch nicht, Kriegsgewinnsteuern durchzuführen, und um neue Ressourcen zu bekommen, hat sie nichts anderes ersinnen können, als die gewöhnlichen direkten Abgaben zu verdoppeln und die Verbrauchssteuern auf Wein und Zucker zu erhöhen. Sie hat keinen Schwung. Sie hat Furcht, die Reichen anzurühren. Das Steuerprojekt wurde von der sozialistischen Parlamentsgruppe in Anwesenheit Sembats, der sich mit der Antwort begnügte, es sei definitiv, weil es so im Ministerrat bestimmt wurde, lebhaft bekämpft.

Die Zensur ist überall dumm, und die Unruhe ist es noch mehr als die der andern Länder. *Ce qu'il faut dire* hat einen Artikel über die Kienthaler Konferenz veröffentlicht. Die Zensur hat mehrere Stellen sowie die Unterschrift gestrichen. Man fragte sich überall, was denn das für eine umstürzlerische Unterschrift sein konnte. Nun war der Artikel einfach «Ein Zimmerwalder» unterzeichnet.

Es ist bekannt, dass Merrheim und Bourderon nicht nach Kienthal gegangen sind. Der Polizeipräsident weigerte sich, ihnen Pässe auszuhandigen, und über die Ursache befragt, antwortete er: «Ich bekam die Weisung, niemand aus Frankreich herauszulassen, der wegen seiner pazifistischen Ansichten bekannt ist.» Das ist die englische Methode, die in Frankreich angewandt wird. Die Alliierten helfen sich aus mit ihren diversen Unterdrückungsmitteln. Und vieles lernen sie von Russland.

Die italienische Partei an das I. S. B.

Der Parteivorstand der sozialistischen Partei Italiens liess dem I. S. B. im Haag unterm 29. Mai 1916 folgendes Schreiben zugehen:

«Das Manifest Ihres Exekutivkomitees vom 1. Mai ist uns zugekommen und wir haben es in der Plenarsitzung vom 22. Mai besprochen. Als Resultat dieser Diskussion haben wir folgende Resolution angenommen:

«Die italienische Parteileitung, nach Einsichtnahme des Einladungsschreibens des Internationalen sozialistischen Bureaus im Haag an die sozialistischen Parteien der neutralen Länder; im Hinblick auf die Verhandlungen und Beschlüsse in Kienthal, konstatiert die befremdende und willkürliche Unterscheidung, die das Präsidium des Internationalen Bureaus zwischen den Sozialisten der neutralen und der kriegführenden Länder macht.

«Diese bedauerliche Unterscheidung, von den Bourgeoisien und den imperialistischen Staaten gewollt, kann von uns nicht anerkannt werden. Das Internationale sozialistische Bureau hat kein Recht, sich eine von den Beschlüssen der internationalen Kongresse abweichende Aufgabe zu stellen. Indem wir an die Beschlüsse der internationalen Kongresse und besonders derer von Stuttgart, Kopenhagen und Basel erinnern, laden wir das Internationale sozialistische Bureau ein, sobald als möglich, und unter Beobachtung der durch die Kongresse aufgestellten Richtlinien, die Vertreter aller Sektionen der Internationalen, ohne jede Ausnahme, zusammenzuberufen, um über die gegenwärtige Situation zu beraten.»

«Indem wir Ihnen von diesen Beschlüssen Kenntnis geben, legen wir Wert darauf zu erklären, dass wir mit allem Nachdruck einige der von Ihnen im Manifest vom 1. Mai aufgestellten Behauptungen zurückweisen, und zwar insbesondere die folgenden:

«1. Die Auslegung, die Sie den von uns im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Partei der Schweiz gemachten Versuchen zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen geben und die zu den Konferenzen von Zimmerwald (September 1915) und Kienthal (April 1916) geführt haben. Das Ziel dieser Konferenzen war keineswegs, Sie zu expropriieren, ebensowenig wie sie das Ende der Internationalen proklamieren und eine neue gründen wollten, sondern von Ihnen zu verlangen, dass Sie Ihre internationalen Funktionen, die Sie eingestellt haben, wieder aufnehmen, um der Situation gerecht zu werden, die durch den Kampf der verschiedenen Bourgeoisien untereinander entstanden ist.

«2. Der Versuch der Rechtfertigung, den sie für das Verhalten der sozialistischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs und Englands, die die herrschenden Klassen nachahmten und sich in den Dienst ihrer Regierungen stellen und die sie unter Anwendung einer vollständig neuen und respektierlichen Terminologie als die «historischen Kadres» bezeichnen.

«3. Die Hoffnung, der Sie Ausdruck geben, dass die Anstrengungen der kapitalistischen Staaten Europas einen Rechtszustand herbeiführen werden, der künftige Kriegsgefahren endgültig ausschliessen werde.

«Durch diese Ihre Behauptungen vermehren Sie noch die Schwierigkeiten, die der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse und des Sozialismus entgegenstehen, ohne damit zu rechnen, dass, was die sozialistische

Bewegung Italiens anbetrifft, wir das Recht haben, unsern Platz in der vorbereitenden Konferenz der neutralen Länder zu beanspruchen, die sie auf den 26. Juni nach dem Haag einberufen haben. Wir sind eine Partei, die ordnungsgemäss konstituiert und Ihrem Bureau angeschlossen ist, eine Partei, die sich durch den nationalistischen Hass der herrschenden Klassen unseres Landes, die dieses in den Krieg hineingestürzt haben, nicht beeinflussen liess.

« Wir wollen nun abwarten, ob Sie unserer Bewegung diesen Charakter zuerkennen und unsere Vertretung zu der Konferenz vom 26. Juni zulassen wollen, denn im Gegensatz zu Ihrer Feststellung im Manifest, dass der Krieg Konflikte zwischen der sozialistischen und Arbeiterparteien geschaffen habe, betrachten wir uns als ausserhalb dieser durch die bürgerlichen Staaten erzeugten Konflikte stehend.

In dieser Erwartung grüssen wir Sie aufrichtig.

Für den Parteivorstand,

Der Sekretär: *Constantino Lazzari.*

Bericht der Partei der Sozialisten-Revolutionäre in Russland*

(internationalistische Richtung).

In den breiten Schichten Russlands ist die Stimmung für den Krieg ungünstig. In erster Linie kommen hier in Betracht die städtischen Arbeiter, die sich nur ganz vorübergehend und oberflächlich von dem Chauvinismus einfangen liessen. Die offensichtliche Tendenz der herrschenden Klassen, den Bürgfrieden in eigenen politischen wie ökonomischen Interessen auszunützen, hat die rasche Ernüchterung der Arbeiter bewirkt. Und so kam der Klassenkampf eigentlich nicht zur Ruhe. In den verschiedensten Teilen Russlands kam die Streikbewegung immer wieder zum Ausbruch und erreichte an manchen Orten, so in Petrograd, im Donetz-Gebiet, in Ivanovo-Wosnesensk, in Tula und in Nikolajew, eine starke Ausdehnung und eine hohe Intensität. Da die Regierung nicht untätig zusah, sondern sich energisch gegen die Arbeiter wendete, kam es oft zu heftigen Zusammenstössen mit den Behörden; in Ivanovo-Wosnesensk allein wurden bei einem derartigen Zusammenstoss über 100 Arbeiter getötet und gegen 40 hinterher erschossen.

Die Stimmung des klassenbewussten Teiles der Arbeitermassen trat besonders klar hervor, als die Frage der Teilnahme der Arbeiter an die Kriegsindustriekomitees auftauchte (diese Komitees sind ein Symbol der sogenannten Vaterlandsverteidigung und des Bürgfriedens). Aus vielen Orten Russlands gelangten an die Wahlmänner in die industriellen Hauptzentren, wo die Wahlen stattfanden, allerlei Instruktionen bezüglich der einzunehmenden Haltung bei diesen Wahlen. Dabei kam fast in allen Instruktionen eine ablehnende Stellung dem Kriege gegenüber zum Ausdruck. Aber die Arbeiterführer, die auch in Russland viel patriotischer gesinnt sind als die breiten Massen, kümmerten sich wenig um diese antimilitaristische Stimmung der Arbeiter. Als in Petrograd die erste Wahlkampagne eröffnet wurde, suchten die Arbeiter internationalistisch gesinnte Wahlmänner durchzusetzen, die dann die eigentlichen Wahlen in die Komitees boykottieren sollten. Diese Taktik der Arbeiter hatte vollen Erfolg, und so kam es zu einem tatsächlichen Boykott der Wahlen. Darauf setzte die Regierung auf Verlangen einiger sozialpatriotisch gesinnter Arbeiterführer eine neue Versammlung der Wahlmänner an; sie wusste es aber so einzurichten, dass die patriotischen Wahlmänner eine künstliche, wenn auch eine ganz unbedeutende Mehrheit dabei erhielten.

Diese Stimmung der Petrograder Arbeiter hat ihren vollen Ausdruck in dem Verhalten der internationalistisch gesinnten Sozialisten gefunden. So waren die Organisationen der Sozialisten-Revolutionäre nicht nur gegen die Teilnahme, wie an den Kriegsindustriekomitees, so auch an allen andern der Unterstützung der Front dienenden Institutionen, sondern sie traten für einen direkten Boykott dieser Komitees auf. Bei den ersten Wahlen in Petrograd waren unsere Vertreter, zusammen mit den Bolschewiks, in der Mehrheit, die die Teilnahme ablehnte. Bei den zweiten Wahlen, die, wie oben geschildert, unter der schützenden Hand des Herrn Gutschkow und der Regierung stattfanden, haben die Vertreter der Sozialisten-Revolutionäre einen Protest gegen die Vergewaltigung des Willens der Arbeiterklasse verlesen und, zusammen mit den Bolschewiks, die Wahlversammlung verlassen. (Die Versammlung wurde von zusammen 80 Wahlmännern verlassen; andere sind schon vorher arretiert worden). Von den Vertretern der Sozialisten-Revolutionäre ist nun einer

* Aus begreiflichen Gründen mussten aus diesem Berichte alle genaueren Hinweise auf die Orte, wo die revolutionäre Bewegung besonders stark ist, wie auch auf die Tätigkeit der Partei weggelassen werden. So war es nicht zu vermeiden, dass der Bericht in ziemlich allgemeinen Zügen gehalten ist.

in das Komitee eingetreten, aber er wurde sofort aus der Petrograder Organisation und damit auch aus der Partei ausgeschlossen.

An vielen Orten Russlands liess die Regierung überhaupt keine Wahlkampagne zu; an andern wiederum steckte sie die internationalistisch gesinnten Wahlmänner ins Gefängnis; dadurch sahen sich die Arbeiter veranlasst, die Wahlen schon im ersten Stadium zu boykottieren; somit wurden die Wahlmänner meist von einer ganz unbedeutenden Minderheit gewählt. So verliefen z. B. die Wahlen in Moskau in folgender Weise:

| auf der Fabrik | Schröder | erhielten die Wahlmänner bei | 1105 Arbeitern | nur | 59 Stimmen |
|----------------|----------|---------------------------------|----------------|-----|------------|
| " | " | Schiro | " | " | " |
| " | " | Dynamo | " | " | " |
| " | " | Postawtschik | " | " | " |
| " | " | Moskauer Metallurgischen Fabrik | " | " | " |

Dieses Resultat ist um so bemerkenswerter, als die ganze bürgerliche und sozial-patriotische Presse eine energische Agitation zugunsten dieses Komitees entwickelt hat.

Unter diesen Umständen wird es begreiflich, dass die Kriegsindustriekomitees bei den Arbeitern keine Autorität besitzen. Man betrachtet sie ganz allgemein als Produkt der Bourgeoisie, welches berufen ist, die eigennützigen Interessen derselben zu fördern, und man behandelt sie auch dementsprechend.

Die wahre Stimmung der Arbeiter kommt ferner zum Vorschein in den Resolutionen, die in den verschiedensten Gegenden Russlands von stark besuchten Arbeiterversammlungen angenommen worden sind und in denen die Einberufung eines Arbeiterrates (in manchen Resolutionen heisst es Arbeiterkongresses) und die Schliessung eines baldigen und gerechten Friedens auf Grund der Gleichberechtigung aller Völker gefordert wird.

Nicht weniger beunruhigt sind auch infolge des Krieges die ländlichen Gebiete. Die bäuerliche Bevölkerung Russlands hat auch vor dem Kriege schon viel zu leiden gehabt unter den geschichtlich entstandenen Agrarverhältnissen; in allen Beziehungen war sie ein leicht zugängliches, ein schier vollkommen entrechtetes Objekt der Ausbeutung; Hungersnot war ein periodisch wiederkehrender grausamer Gast bei ihr. Der Krieg verschlimmerte nur ihre Lage. Die starke Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens und die tiefgreifenden Aushebungen der besten Männerkraft für das Militär, alles das brachte die bäuerliche Bevölkerung an die Grenze der Verzweiflung. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, dass die kriegerischen Stimmungen auch in diesen Schichten keinen Widerhall findet. Ihre Interessen sind durch eigene Sorgen und durch eigene Lebensnot vollkommen in Anspruch genommen. Um sich zu helfen, versuchen die Bauern, die verschiedensten genossenschaftlichen Organisationen ins Leben zu rufen; sie fühlen sich aber unbefriedigt von den engen wirtschaftlichen Aufgaben, welche diese Genossenschaften zu lösen imstande sind. Ihr Sinn ist auf viel radikalere wirtschaftliche und politische Probleme gerichtet. In erster Linie wenden sie sich den Fragen des Grund- und Bodenbesitzes zu, indem sie zu der Losung des Revolutionsjahres 1905 zurückkehren und die Uebergabe des Grund und Bodens in den gemeinsamen Besitz der Landesbevölkerung ohne Entgelt fordern.

Diese oppositionelle Stimmung der russischen Arbeiter und Bauern, die sich an einigen Orten zu einer ausgesprochen revolutionären Stimmung verdichtet, verlässt sie auch dann nicht, wenn sie, dem Zwange gehorchend, die Soldatenuniform anziehen, — denn auch unter den Soldaten ist eine starke Gärung zu bemerken, besonders unter denen, die aus den Gouvernements des zentralen Rayons stammen. So mussten einige Regimentsbestände aufgelöst werden, dabei kamen viele Soldaten vor der Garde nach andern Regimentern, weil sie sich besonders verdächtig gemacht haben. Auch ist in Petrograd ein Fall zu verzeichnen, wo eine Kompanie auf ein Polizeiaufgebot geschossen hat.

Angesichts der starken Gärung im ganzen Lande wäre es zu erwarten, dass die sozialistischen Parteien dort im mächtigen Aufblühen seien; indessen ist es nicht so, und zwar aus verschiedenen Gründen; was speziell die Partei der Sozialisten-Revolutionäre anbetrifft, so sind die hauptsächlichsten Gründe folgende:

I. Innere Spaltung der Partei.

In unserer Partei sind ähnlich wie in allen sozialistischen Parteien die beiden Richtungen vorhanden: die internationalistische und die sozialpatriotische. Diese Richtungen sind allmählich so weit auseinandergegangen, dass die ausländische Delegation eine Erklärung zu veröffentlichen gezwungen war, (s. No. 4 des Bulletins der I. S. K., S. 14—15), in welcher jede Richtung von sich die politische Verantwortung für die andere ablehnt. Die trennenden Fragen können nur auf einem russischen Parteitag oder Konferenz gelöst werden, und die

Genossen in Russland sind schon mit den Vorbereitungsarbeiten zu einem solchen Parteitag beschäftigt.

Die Sozialpatrioten nehmen fast keinen Anteil an der illegalen Arbeit, weil sie gewisse Möglichkeiten haben, legal aufzutreten. Ausser ihren eigenen Zeitschriften stehen ihnen auch die meisten Organe der liberalen Bourgeoisie zur Verfügung. Dadurch erklärt sich auch, warum der Aufruf der Sozialpatrioten «An das klassenbewusste arbeitende Volk Russlands» starke Verbreitung gefunden hat. Dieser Aufruf hat aber nur bei dem weniger klassenbewussten Teile des Proletariats Anklang gefunden, während die Mehrzahl der sozialistisch gesinnten Arbeiter sich ihm gegenüber sehr ablehnend verhielt und aus ihrer Empörung über dessen Verfasser kein Hehl machte.

Die Tätigkeit der Sozialpatrioten war von Beginn des Krieges an eine sehr rege; zuerst als das vom Kriege hervorgerufene geistige Zerwürfnis noch sehr gross war, versuchten sie die Massen durch die Losung — zuerst den äusseren Feind zu verjagen und dann die Revolution hervorzurufen! — mitzureissen; diese Losung wurde auch so formuliert: zuerst den «äusseren Deutschen» zu verjagen und dann den «inneren»! Als es sich aber herausstellte, dass die breiten Massen dieser Losung nicht folgten, wurde eine andere hervorgehoben: die Revolution zwecks Verteidigung des Vaterlandes!

Gegen diese Tätigkeit der Sozialpatrioten, die geeignet ist, das Klassenbewusstsein der Volksmassen zu verdunkeln und die in gewissen Perioden, besonders nach der Einnahme des westlichen Teiles Russlands, zweifellos einen bestimmten Erfolg zu verzeichnen hatte, sind unsere Genossen gezwungen, einen breiten und entschiedenen Kampf zu führen.

II. Verfolgungen.

Während der Kriegszeit sind viele unserer Genossen für ihre revolutionäre Tätigkeit zu Zwangsarbeit und zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt worden. Andere warten noch auf ihr Urteil. Sehr bedeutende Massenarreste erfolgten Ende Dezember und anfangs Januar in Petrograd, Moskau, Tula, Nikolajew. In Petrograd, wo die Parteiarbeit seit dem September 1915 sehr energisch geführt wurde und wo seit dieser Zeit eine regelrechte, auf demokratischer Basis aufgebaute Parteiorganisation funktioniert, hat die Polizei besonders stark gewütet. Eine Reihe von unsern Parteigenossen ist nach Sibirien verbannt worden, viele andere warten darauf, vor das Militärgericht gestellt zu werden. Im Februar und März 1916, im Zusammenhange mit der entstandenen Streikbewegung, sind wieder Massenarreste vorgekommen. In der letzten Zeit schlägt die Regierung noch eine andere Taktik ein: alle verdächtigen Arbeiter, besonders alle wegen ihrer internationalistischen Gesinnung verdächtigen, werden direkt an die Front gesandt. So ist es z. B. vielen Hunderten der Putilowschen Arbeiter ergangen.

Trotz dieses schweren Kampfes auf zwei Fronten ist es der Partei gelungen, durch ihre Organisationen eine mannigfaltige und energische Tätigkeit zu entfalten und in erster Linie eine breite sozial-revolutionäre Propaganda zu führen. Ausser Petrograd wird die Arbeit mit besonderem Erfolge in den zentralen Gouvernements und im Süden Russlands geführt. Das Zimmerwalder Manifest, verschiedene Broschüren, Flugblätter und Aufrufe gelangten an vielen Orten zur Verteilung. Und das alles, trotzdem die revolutionären Sozialisten gezwungen sind, fast ausschliesslich in illegalen Organisationen zu arbeiten. Aeusserst notwendig erscheint jetzt die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz, die nicht nur die Auseinandersetzung mit den Sozialpatrioten, sondern auch die Lösung einer Reihe von akuten Fragen der Tagespolitik bezwecken soll. Doch die Verwirklichung dieses Unternehmens ist sehr erschwert durch die Bedingungen der Kriegszeit und des Belagerungszustandes, durch den Ruin vieler Parteiorganisationen, durch die Massenarreste, Vernichtung von geheimen Druckereien usw. Dagegen fanden schon in einigen Gouvernements Bezirkskonferenzen statt, so z. B. in Petrograd, wo eine Deklaration gegen den Krieg ausgearbeitet wurde. In Petrograd tagte auch noch eine weitere Konferenz einiger vereinigter Organisationen. Die von dieser Konferenz angenommene Resolution (s. *Bulletin* Nr. 4) zeigt, dass diese Organisationen vollkommen auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz stehen. Ähnliche Resolutionen wurden auch von einigen andern Parteiorganisationen angenommen.

Es ist begreiflich, dass unter solchen Umständen, wo das starke Anwachsen der revolutionären Bewegung mit der bis zum Aeussersten getriebenen politischen Reaktion zusammentrifft, es der Partei unmöglich ist, die organisatorische Tätigkeit breit genug zu entwickeln und allen Anforderungen, die an sie gestellt werden, zu genügen. Es macht sich ein starker Mangel an technischen Mitteln und erfahrenen organisatorischen Kräften bemerkbar. An vielen Orten entstehen ganz spontan Initiativgruppen, die Arbeiter organisieren sich in kleine revolutionäre Verbände, die Bauerngenossenschaften enthalten oft revolutionäre

Elemente, die sich hier zusammenfinden. Und was besonders merkwürdig ist, solche revolutionäre Gruppen entstehen auch unter den Soldaten. Viele von diesen Gruppen sind von der Partei der Sozialisten-Revolutionäre organisiert, welche für sie ein illegales, periodisch erscheinendes, ausgeprägt internationalistisches Flugblatt herausgibt (das Flugblatt der nordischen Militärorganisation der Partei der Sozialisten-Revolutionäre), dessen Nr. 6 vor kurzem erschienen ist.

Nach einmütiger Bestätigung einer ganzen Reihe von unsern Genossen ist Russland, ausgenommen das Jahr 1905, noch nie in einer solchen gespannten politischen Lage gewesen wie heute. Jeden Augenblick kann eine revolutionäre Bewegung auflodern. Eine solche wird allgemein erwartet, und es unterliegt keinem Zweifel, dass in den breiten Massen der Bevölkerung sie ein Echo und eine Unterstützung finden würde.

Stark bemerkbar macht sich aber die Abwesenheit eines revolutionären Zentrums, von dem aus alle grossen Aktionen der arbeitenden Massen geleitet werden könnten. Der Zustand der sozialistischen Parteien in Russland, ihr ewiger Kampf gegeneinander machte es bis jetzt unmöglich, ihre Anstrengungen zu vereinen und auf gemeinsame Ziele zu richten.*) Nun drängt aber das Leben darauf, und so haben z. B. die Organisationen der Sozialisten-Revolutionäre Petrograds sich im Dezember 1915 mit den Bolschewiks zwecks einer speziellen Aktion verständigt: es wurde beschlossen, am 22. Januar 1916 einen Generalstreik oder wenigstens eine grosse Strassendemonstration zu organisieren. Und nicht einmal die bald darauf erfolgten Massenarreste haben es verhindern können, dass dieser Plan im grossen, wenn auch nicht ganz im erwarteten Umfange in Wirklichkeit umgesetzt werden konnte.

Trotz aller Verfolgungen sind die Genossen in Russland vom Glauben an den Erfolg ihrer Sache begeistert und senden ihre brüderlichen Grüsse allen Genossen, die auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz stehen. Sie sind der Meinung, dass die Internationalisten aller Länder sich jetzt besonders eng zusammenschliessen müssen.

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass die Sozialisten-Revolutionäre es als ihre Pflicht betrachten, die vielen Hunderttausende russischer Bauern und Arbeiter, die sich in deutscher und österreichischer Gefangenschaft befinden, nicht ohne sozialistische Beeinflussung zu lassen. Eine Gruppe der Sozialisten-Revolutionäre gibt für sie die periodisch erscheinende Zeitschrift heraus, die sich in den Gefangenenlagern eines starken Zuspruchs erfreut.

*) Nachstehend bringen wir den Aufruf zweier sozialistisch-revolutionärer Organisationen, die sich an alle sozialistischen Parteien Russlands wendet und sie zu einem festen Zusammenschluss auffordert:

Genossen! Wir Sozialisten, die wir in bezug auf den Krieg eine internationalistische Stellung einnehmen, stehen vor einer aussergewöhnlichen und komplizierten Aufgabe.

Die vor uns sich entfaltenden Ereignisse überzeugen uns immer mehr und mehr, dass die Liquidierung des Krieges und aller seiner Folgen nur durch den revolutionären Ansturm der Arbeitsdemokratie aller kriegführenden und neutralen Länder erwirkt werden kann und muss.

Dies ist unsere Tagesaufgabe. Ihre Lösung verlangt die Mobilisierung aller unserer Kräfte und Mittel. Uns, Sozialisten-Internationalisten verschiedener Parteien und Fraktionen, muss die konkrete Aufgabe des laufenden politischen Tages vereinigen.

Das Bewusstsein, dass nur eine internationale Entfaltung der revolutionären Bewegung und ihre Erfolge dem Krieg ein Ende bereiten können, das diktiert uns die Linie unserer praktischen Tätigkeit.

Im Lichte dieser Erkenntnis treten im gegebenen Moment alle unsere taktischen und fraktionellen Meinungsverschiedenheiten zurück.

Die Bedingungen des heutigen Tages verlangen von uns die Vereinigung aller Kräfte, und wir müssen diese Vereinigung verwirklichen, deren Basis in unserer Stellungnahme zum Kriege zu finden ist, in der Stellungnahme, die ihren Ausdruck in den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenz der Sozialisten aller Länder gefunden hat.

Die unverzügliche Liquidierung des Krieges mit den Mitteln und durch die Kraft der revolutionären Bewegung in jedem kriegführenden Lande — das ist unsere gemeinsame Tagesaufgabe.

Die Methode der Liquidierungsaufgabe des Krieges kann unter uns keine Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, denn sie ist durch den international-sozialistischen Klassenstandpunkt bestimmt.

Aus der Gemeinsamkeit der Grundaufgabe folgt eine ganze Reihe von gemeinsamen Aktionen:

Eine verschärfte Propaganda unserer Ansichten über den Krieg und unserer Auffassung über die Methode und die Mittel seiner Liquidierung im Interesse der arbeitenden Klassen aller Länder.

Die Organisation der Arbeitsdemokratie für die revolutionäre Umwälzung und die Eroberung der politischen Macht.

Die Vorbereitung und die Durchführung des Streiks und anderer Aktionen des Klassenkampfes.

Die Organisation von revolutionären Aktionen in den verschiedenen Formen der Arbeiter- und der Bauern-Demokratie sowie in den Teilen des Heeres. — Das alles muss mit gemeinsamen organisatorischen Mitteln durchgeführt werden.

Zur Ausführung dieser Aufgaben ist es notwendig, in allen Ortschaften gemeinsame Instanzen aus den Vertretern aller sozialistischen Organisationen ins Leben zu rufen. Diesen Instanzen soll die Führung der praktischen Tätigkeit der revolutionär-sozialistischen Kräfte anheimfallen.

Wir rufen energisch, wie die Sozialisten-Revolutionäre, so auch die Sozialdemokraten — die Bolschewiks und die Menschewiks — auf, diese Vereinigung unverzüglich zu verwirklichen und die gemeinsame Aufgabe mit vereinten Kräften zu lösen.

Februar 1916.

Die Petrograder Verlags-Initiativgruppe der Sozialisten-Revolutionäre.
Die provinzielle Initiativgruppe der Sozialisten-Revolutionäre.

Das « Nasche Slowo » und die internationalen Beziehungen.

Die Redaktion des « Nasche Slowo » sendet uns folgenden Bericht:

Wir wollen die Parteien und Gruppen, die sich den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenz angeschlossen haben, über den wahren Sachverhalt aufklären. Wir wünschen die Rolle zu zeigen, die unsere Zeitung sowohl in der russischen sozialistischen Arbeiterpartei als auch in der internationalen Arbeiterbewegung spielt.

Unsere Zeitung wurde am 1. September 1914 gegründet, also im düstersten Moment der Unterdrückung der Ideen und als die offiziellen sozialdemokratischen Parteien zusammengebrochen waren. Trotzdem unsere Zeitung ihr Dasein der Privatinitiative verdankt, wurde sie sofort der Sammelpunkt der Internationalisten der verschiedenen Fraktionen. Trotz der Zerstückerung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die in zahlreiche Gruppen zerfiel, die einander ständig bekämpfen, gewann unser Blatt schon beim Erscheinen der ersten Nummer die Sympathien der tätigsten Genossen der verschiedenen sozialistischen Organisationen, die in ihm ein Kampforgan erkannten gegen den Krieg und den Imperialismus.

Die Krisis des Sozialismus in Russland machte viel verwickeltere Phasen durch als in den westlichen Ländern. Während die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs den schändlichen Vertrag vom 4. August mit den regierenden Klassen unterzeichneten und so schon in den ersten Kriegstagen mit den Traditionen der Internationalen brachen, war in Russland, ungeachtet des schmerzlichen Eindrucks, hervorgerufen durch den Abfall unserer ältern sozialistischen Brüder in Europa, die Verwirrung wenigstens in der ersten Zeit viel weniger gross. Aber die Tatsache, dass der gesamte Generalstab der zweiten Internationalen mit Sack und Pack zum Klassenfeind überging, verfehlte nicht, in unsern Reihen Unruhe hervorzurufen. Und doch fand der Sozialpatriotismus nur einen schwachen Widerhall in den Kreisen unserer Partei, trotz diesem moralischen Bankrott und wenn auch Plechanow plötzlich neue Wahrheiten verkündete. Mit Ausnahme der Gruppe « Nascha Zaria » folgte niemand dem Rufe Plechanows, und letztere kämpft nun auf der andern Seite der Barrikade. Die Dumafraktion, durch innere Zwistigkeiten zerrissen, vereinigte sich wieder vor der dem Sozialismus drohenden Gefahr und erliess einen allgemeinen Aufruf, in welchem sie die Verantwortung für den Krieg auf die leitenden Klassen aller Länder wälzt. Mit den Fortschritten der deutschen Invasion entwickelte und vermehrte sich der Sozialpatriotismus immer mehr und erreichte gegen Ende des Jahres 1915 seine höchste Blüte, als die Wahlen für die militärischen und industriellen Komitees vorgenommen wurden.

Unsere Zeitung erhob ihre Stimme im ernstesten Augenblick der Weltgeschichte. Sie wurde das Kampforgan für den Internationalismus; sie fing damit an, die Helden und Sprecher der zweiten Internationalen zu kennzeichnen und das wahre Gesicht der Befreiungsmythe zu zeigen. Dieses Werk heftigster Kritik wurde wirksam durch die Tatsache unterstützt, dass unser Blatt nicht im Namen dieser oder jener Fraktion sprach, sondern indem es die Vereinigung der Internationalisten der verschiedensten Organisationen und Gruppen vertrat. Es wäre ein Irrtum, wenn man glauben würde, dass das Organisationskomitee (O. K.) und der Zentralvorstand (Z. V.) die gesamte Sozialdemokratie Russlands umfasst. Die Zersplitterung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands hat die unabhängige Existenz zahlreicher literarischer Gruppen und politischer Vereine erlaubt, die in Russland und im Ausland gegründet wurden. Das « Nasche Slowo » ist weder das offizielle Organ des Organisationskomitees noch des Zentralvorstandes. Dies bedeutet natürlich nicht, dass er keine Beziehungen zu den sozialistischen Kämpfern in Russland hat. So zählen wir unter den Mitarbeitern und in der Redaktion des « Nasche Slowo » mehrere Genossen, die mit der unifizierten Gruppe von Petrograd in Verbindung stehen. Diese Gruppe gehört nicht zu den zwei obengenannten Organisationen. Die Tatsache, dass das « Nasche Slowo » gegründet und dann unterstützt wurde und jetzt noch unterstützt wird durch Elemente, die dem Organisationskomitee und dem Zentralvorstand fremd sind, beweist, dass ausser diesen zwei Gruppen, die der Krieg rasch zerstört hat, noch zahlreiche übrige Genossen in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands tätig sind.

Die Aufgabe des « Golos », den die französischen Behörden beim Erscheinen seiner 108. Nummer unterdrückten, sowie diejenige des « Nasche Slowo » bestand im theoretischen Studium der neuen Probleme, die die Ereignisse dem Sozialismus auferlegten und in der Verbreitung der revolutionären Auffassung in der russischen und internationalen Arbeiterbewegung. Was Russland anlangt, trotz der kleinen Anzahl Exemplare unserer Zeitung, die bei den schwierigen Verkehrsverhältnissen dorthin gelangen, so zeigen uns die Berichte, die wir bekommen, dass die Ideen, die wir darlegen, ein lebhaftes Echo und aufrichtige Sympathien in den Kreisen der Internationalisten Russlands erwecken. Im Ausland ist unser Einfluss viel leichter zu konsta-

tieren. Wir bemerken, dass unsere Zeitung in Frankreich erscheint, im grossen Zentrum der russischen Auswanderung. Wir wollen noch beifügen, dass das « Nasche Slowo » die einzige russische sozialistische Zeitung ist, die täglich erscheint. Sie dient als Band zwischen den Elementen der riesigen russischen Auswanderung, deren Mitglieder in ganz Europa zerstreut sind und die einen mehr oder weniger grossen Einfluss in den lokalen Arbeiterbewegungen ausüben. Dank den besondern Umständen, hervorgerufen durch diese Kriegszeiten, ist das « Nasche Slowo » eine der Hauptquellen sozialistischer Information für die Genossen der verbündeten Nationen geworden.

Die Geburt unserer Zeitung kann als wichtiges Ereignis betrachtet werden, denn sie beweist die ideologische Festigkeit und die Kraft des Sozialismus in Russland. Die Wut, die das Erscheinen des « Nasche Slowo » unter den russisch-französischen Patrioten hervorrief, veranschaulicht dies zur Genüge. Unsere Zeitung hat, indem sie täglich auf die Ereignisse der internationalen Politik reagiert, indem sie heftig und schonungslos den Verrat an den Interessen des Sozialismus bekämpft, indem sie das Einverständnis der sozialdemokratischen Parteien mit ihren Regierungen enthüllt, die russischen Auswanderer über das wahre Wesen des Krieges aufgeklärt; diese Auswanderer haben übrigens rasch genug den wirklichen Charakter der internationalen Krisis begriffen.

Das « Nasche Slowo » hat jetzt bald seine 500. Nummer erreicht und es beglückwünscht sich für den zähen und langen Kampf (denn in jetziger Zeit kann ein Tag für Monate gelten), den es hat führen können und den es noch führt gegen den Sozialpatriotismus in allen seinen Erscheinungen und in allen seinen Aeusserungen.

Die Auflage unserer Zeitung erreicht gegenwärtig 2000 Exemplare; dies erscheint wirklich unbedeutend, besonders wenn man diese Auflage mit derjenigen der täglichen sozialistischen Organe vergleichen will, die früher erschienen. Aber wenn man die Umstände berücksichtigt, in welchen wir leben, muss man doch bekennen, dass diese Anzahl ziemlich bedeutend ist. Unsere monatlichen Ausgaben belaufen sich auf 1800 bis 2000 Franken. Und dies ist das strikte Minimum; denn wir können unsern Arbeitern und Angestellten den normalen Lohn nicht bezahlen. Wenn letztere sich damit einverstanden erklären, zu einem reduzierten Tarif zu arbeiten, so dokumentieren sie die Sympathien, die die Bestrebungen unseres Organs in ihnen erwecken, und dass sie gewillt sind, ihm seine Existenz als internationalistische Zeitung zu sichern, selbst wenn ihre materiellen Interessen darunter leiden. Unsere Einnahmen verteilen sich in verschiedene Kategorien. In erster Linie haben wir die Einnahmen, die aus dem Verkauf und den Abonnementen herkommen. Aber dies ist vollständig ungenügend. So waren wir genötigt, unsere Zuflucht zu Sammelisten, Geldsammlungen, Organisation von Abendunterhaltungen und Konzerten zu nehmen, um das monatliche Defizit von 800 bis 900 Franken zu decken. Dank unsern zahlreichen Freunden ist es uns bis jetzt gelungen, allen Schwierigkeiten die Stirne zu bieten und das Unternehmen zu retten. In mehreren Städten haben sich Gruppen gebildet, die uns systematisch ihre moralische und materielle Hilfe angedeihen lassen. Die Gaben und die regelmässigen Beiträge fliessen uns von seiten der russischen Kolonien aus allen grossen Städten Europas und Amerikas zu. Besonders Paris leistet uns in dieser Beziehung eine sehr wirksame Hilfe, zahlreiche Genossen bezahlen regelmässig ihren monatlichen Beitrag, um die Zeitung zu sichern.

Wir wollen noch bemerken, dass weder eine Fraktion noch das Organisationskomitee noch der Zentralvorstand in ihrer Eigenschaft als sozialdemokratische Organisationen uns ihre pekuniäre Unterstützung offeriert haben. Und dies, trotzdem unsere Zeitung sämtlichen internationalistischen Russen zur Verfügung steht.

Es ist nicht an uns, in diesem Bericht den Wert des moralischen und intellektuellen Einflusses, den unsere Zeitung ausübt, zu würdigen; die wiedererwachte Arbeiterbewegung wird dies tun. Die Genossen der andern Länder allein können unsere Bestrebungen und Erfolge beurteilen. Doch können wir behaupten, dass die Tätigkeit des « Nasche Slowo » sich wirklich bemerkbar gemacht hat, wenn auch nicht direkt, denn die russische Sprache ist nur wenig in der Internationalen verbreitet, so doch indirekt durch die Vermittlung der zahlreichen politischen Emigrierten aus Russland, die in der ganzen Welt zerstreut sind und die lebhaften Anteil an den politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen in allen Ländern nehmen. Was schon in Friedenszeiten sehr schwierig ist, d. h. eine täglich erscheinende Zeitung zu gründen, ist uns unter ganz besonders beschwerlichen Umständen mitten im Krieg gelungen, namentlich wenn man die grosse Isolierung der russischen Auswanderer in Erwägung zieht, denen jede Verbindung mit ihrem Vaterland mangelt.

Unsere Beziehungen mit der Internationalen waren sehr rege. Unsere Freunde und Leser arbeiten ohne Unterlass in allen Ländern, um die Wiedergeburt der Internationalen herbeizuführen, und um zu diesem Ziele zu gelangen, hat das « Nasche Slowo »

die grössten Anstrengungen gemacht. In den Ländern, wo es wirkt, haben sich unsere nächsten Freunde und unsere besten Mitarbeiter dem linken Flügel angeschlossen und sie suchen durch eine energische Aktion, getreu den russischen revolutionären Traditionen, die moderierten Internationalisten für unsere Zwecke zu gewinnen. Noch niemals hat die politische russische Auswanderung eine so wichtige Rolle, als internationales revolutionäres Gärungsmittel zu wirken, übernommen, noch niemals wurde sie dazu berufen, mitzuarbeiten am Zusammenschluss der zerstreuten Bruchstücke der Internationalen; dies war dieser kritischen Zeit vorbehalten.

Das « Nasche Slowo » hat sich als unentbehrlicher Kampfgenosse der Internationalen erwiesen. Unsere Zeitung hat betreffs der Konferenz in Kopenhagen ein Manifest ausgearbeitet, sie hat eine Erklärung veröffentlicht bei Gelegenheit der Konferenz der Sozialisten der verbündeten Länder, die in London stattfand, sie hat endlich eifrig an den praktischen Vorarbeiten teilgenommen, die zur Zimmerwalder Konferenz führten, und dann sein möglichstes getan, um die Prinzipien, die letztere aufstellte, zu verbreiten, zu verteidigen und durchzuführen.

Wird das « Nasche Slowo » lange am Leben bleiben? Das können wir nicht sagen, denn wir leben von der Hand in den Mund. Auf alle Fälle ist die Reinigungsarbeit, an der wir mitgewirkt haben, um den Sozialismus von dem Sozialpatriotismus und dem Imperialismus zu befreien, ein Werk, das nicht zu unterschätzen ist. Die Rolle, die die « Berner Tagwacht » in den zentralen Kaiserreichen übernahm, um dort den Sozialismus zu neuem Leben zu erwecken, haben wir bei den verbündeten Nationen übernommen.

Unser Werk gehört den Internationalisten aller Länder, es wurde unter Mitwirkung der Genossen aller Staaten ausgeführt. Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass diejenigen, die gegen den Sozialpatriotismus und den Sozialimperialismus gekämpft haben, auch dann am Platze sein werden, wenn es gilt, die neue Internationale aufzubauen.

Tätigkeitsbericht des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland („Bund“)

In Russland äussert sich die Arbeit unserer Organisationen hauptsächlich in der Hilfeleistung an Kriegsflüchtlinge und Arbeitslose, in der Organisation von Arbeitsnachweissbüros und in kultureller Tätigkeit (insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens) in den neuen Wohnsitzen der jüdischen Bevölkerung*). Die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisationen ist äusserst erschwert infolge der Massenvertreibungen der jüdischen Bevölkerung und der endlosen neuen Ausweisungen der Vertriebenen aus ihren neuen Wohnsitzen. Einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit unserer Partei konnten wir aus Russland infolge der Erschwerung des Postverkehrs zum Zeitpunkte der zweiten internationalen Konferenz nicht bekommen, und wir sind leider genötigt, uns auf diese Bemerkungen zu beschränken.

Ausführlichere Angaben besitzen wir über die Tätigkeit unserer Organisationen in den besetzten Landesteilen Russlands.

In *Russisch-Polen* sind politische Verbände, politische Versammlungen und überhaupt jegliche politische Betätigung untersagt. Eine legale Existenz führen dort bloss Gewerkschaftsverbände und Arbeiterbildungsvereine. In *Warschau* funktionieren 12 jüdische Gewerkschaften mit einer Gesamtzahl von 10,000 Mitgliedern. Sie gruppieren sich um ein Zentralbureau. Es werden öffentliche Versammlungen veranstaltet nicht nur von Mitgliedern einzelner Gewerkschaftsvereine, sondern auch allgemeine Arbeiterversammlungen und Meetings, an denen tausende von Arbeitern teilnehmen. So z. B. fanden im März d. J. zwei Massenmeetings statt, von denen eines dem internationalen Frauentage, das andere dem Kampfe gegen ansteckende Krankheiten gewidmet war. Zur Durchführung der Meetings wurde vom Zentralbureau der Gewerkschaften ein besonderer Ausschuss gewählt — ein ständiges « Meetingspräsidium ». Neben ihren unmittelbaren Aufgaben entfallen die Gewerkschaften eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Hilfeleistung an Arbeitslose (Arbeiter-Speiseanstalten, Arbeiter-Konsumgenossenschaften usw.). Sie beteiligen sich ferner an der städtischen Kommission der Fabrikinspektion, in welcher Kommission äusserst wichtige Fragen behandelt werden aus dem Bereiche der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, sie führen eine lebhaftige Agitation in den für die Arbeiterschaft der

Stadt brennenden Fragen des Mietzinses (im Zusammenhang mit dem Mietzinsmoratorium), der Reorganisation des Bürgerkomitees, der bevorstehenden Einführung des Stadtrates usw. Bezügliche Resolutionen werden auf Versammlungen einzelner Gewerkschaften und auf Massenmeetings durchgeführt. Ueber das Zentralbureau muss noch bemerkt werden, dass es oft reguläre Versammlungen veranstaltet, auf den die Ausführungskommission des Bureaus Bericht erteilt über ihre Tätigkeit und die aktuellen Fragen der Bewegung erörtert werden. Ausserdem existiert eine Reihe kultureller Arbeitervereine, die intensiv tätig ist (Fortbildungskurse für Erwachsene, öffentliche Vorträge aller Art usw.).

In derselben Weise vollzieht sich die Arbeit der Gewerkschaften und Bildungsvereine in *Lodz*, *Czenstochau* und in mehreren andern Orten Russisch-Polens. Von Interesse dürfte es sein, ausführlicher über die Bewegung in *Lodz* zu berichten.

Kurz nach Ausbruch des Krieges bildete sich in *Lodz* ein Interparteierrat aus Vertretern des « Bund » und der P. P. S. (Lewitzka); diesem Rat schloss sich später auch die Sozialdemokratie Polens und Littauens (Hauptverwaltung) an. Vom Rat wurden Aufrufe herausgegeben und Versammlungen einberufen. In gleicher Weise schlossen sich auch die Gewerkschaftsorganisationen zusammen. 16 Gewerkschaften — jüdische, polnische und gemischte — bildeten gemeinschaftlich ein Zentralbureau, das aus je einem Vertreter der Gewerkschaften besteht. Das Zentralbureau arbeitet im engsten Kontakt mit den politischen Parteiorganisationen: dem Sekretariat des Zentralbureaus gehört je ein Vertreter der Parteien.

Das Zentralbureau, das neben jüdischen und polnischen auch deutsche Arbeiter vereinigt, entwickelte von Anfang an eine reichhaltige Tätigkeit. In mehreren Sektionen des Bürgerkomitees gelang es ihm, Arbeitervertreter durchzuführen, es organisierte eine Hilfeleistung an Arbeitslose (Arbeiterküchen, Arbeiterteehallen, Konsumgenossenschaften usw.). Zur Verwaltung der Arbeiterküchen — deren gab es im Januar d. J. 16 — wählte das Zentralbureau eine besondere Kommission, die zur Versorgung der Küchen ein eigenes Lager von Nahrungsmitteln eröffnete. Das Zentralbureau gründete ferner eine eigene Brotbäckerei — den Konsumverein « Robotnik » (Arbeiter) — mit zwei städtischen Verkaufsläden, schuf eine ärztliche Kommission zur Organisation unentgeltlicher medizinischer Hilfeleistung an Arbeiter, und einen Arbeitsnachweis. Das Zentralbureau schuf ferner den internationalen Bildungsverein « Licht » (besitzt Bibliothek und Lesehalle, leitet einzelne Bildungsgruppen für Mitglieder, deren Gesamtzahl 250; die Leitung besteht aus jüdischen und polnischen Arbeitern).

Das Zentralbureau veranstaltete eine Reihe grösserer Versammlungen, so z. B. drei im Januar 1915, in denen die Tätigkeit des Bürgerkomitees einer scharfen Kritik unterworfen, die Machenschaften einzelner Sektionen des Komitees aufgedeckt und die Forderung der Einführung eines Stadtrates auf der Grundlage demokratischer Wahlen aufgestellt wurde. An der ersten dieser drei Versammlungen waren 2000 Arbeiter anwesend, an der zweiten 4000, an der dritten 8000. Auf den Versammlungen, die vom Zentralbureau einberufen werden, haben beide Ortssprachen (die polnische und die jüdische) grundsätzlich gleiche Geltung; es werden Reden in beiden Sprachen gehalten.

Neben der gekennzeichneten, äusserst aktiven Beteiligung an der gemeinsamen Tätigkeit führt die Organisation des « Bund » in *Lodz* auch eine bedeutende selbständige Arbeit. Solange die deutschen Militärbehörden eine öffentliche politische Betätigung duldeten, wurden aus verschiedenen Anlässen Versammlungen einberufen, die gut besucht waren. So erstattete an einer Versammlung von 500 Arbeitern im Dezember 1914 die Organisation des « Bund » Bericht über ihre Tätigkeit, im Januar 1915 veranstaltete sie eine Versammlung anlässlich des 9. (22.) Januar 1905 (1500 Mann), März 2000 Mann (über die Aufgaben des Proletariats; Appell an die jüdischen Arbeiter, in die Parteiorganisation des « Bund » einzutreten). Hervorgehoben muss dabei die Tätigkeit des bundistischen Bildungsvereins « Harphe » werden (gegründet 1907), der viel dazu beiträgt, das Klassenbewusstsein der *Lodzer* jüdischen Arbeiterschaft zu entwickeln und ihren kulturellen Aufstieg zu fördern. Vom Verein wurden einige Arbeiterhallen gegründet mit Leseräumen und Bibliothek, es werden von ihm systematische Abendkurse für Arbeiter geleitet, auch allerhand Vorträge, Diskussionsversammlungen, Lesezirkel und mannigfacher Art andere Zusammenkünfte von Arbeitern zu Bildungszwecken. Von Vorträgen, die sich eines zahlreichen Besuches erfreuten, können wir auf folgende hinweisen: Genossenschaftsbewegung (1200 Anwesende), Volksschule, Sprachenfrage. Die « Harphe » zählt gegenwärtig 1000 Mitglieder.

Während der Kriegperiode — vor und während der Okkupation — wurden von der *Lodzer* Organisation des « Bund » mehrere Proklamationen und Flugschriften herausgegeben.

*) Bekanntlich wurde aus mehreren Gouvernements Westrusslands die gesamte jüdische Bevölkerung ausgewiesen. S. W. Kossowaky, *Les persécutions des Juifs en Russie*, Bern 1915, Verlag Carl Moor.

Von grössern Publikationen erschien eine Nummer des «Lodzer Arbajter» (jüdisch, 3500 Exemplare).

Das Organ, das die jüdische Arbeiterbewegung in Polen vereinigt und für deren Fortentwicklung grosse Bedeutung hat, ist die in Warschau zunächst wöchentlich erscheinende jüdische Arbeiterzeitung «*Lebensfrage*».

Die organisierte jüdische Arbeiterschaft in Warschau und Lodz führt einen energischen Kampf für die Schaffung jüdischer Volksschulen in der Umgangssprache der jüdischen Volksmassen. Die Agitation für jüdische Volksschulen, an deren Zustandekommen gerade die arbeitenden Schichten des Judentums das lebhafteste Interesse haben, konnte sich Bahn brechen infolge der relativen Belebung, die wir in letzter Zeit in der jüdischen Arbeiterbewegung Polens beobachten.

Was die besetzten Gebiete *Litauens* betrifft, muss die Arbeit unserer Organisation in *Wilna* erwähnt werden. Es funktionieren da verschiedene Gewerkschaften, Arbeiterküchen, Arbeiterbildungsvereine. An der dortigen, neu entstandenen Volksuniversität besteht eine jüdische Sektion, in der in jüdischer Umgangssprache Vorträge gehalten werden über Nationalökonomie, Naturwissenschaften usw.

Die Stellungnahme des «Bund» zum Kriege fand ihren Ausdruck in einer Deklaration des Zentralkomitees in den ersten Wochen des Krieges und in einer Resolution einer Konferenz der Ortsorganisationen des südwestlichen Rayons Russlands (1915). Die wesentlichen Stellen dieser Resolution seien hier angeführt: . . . Die ungünstige Kriegslage Russlands «darf die Sozialdemokratie Russlands unter keinen Umständen dorthin verleiten, von der Grundaufgabe des internationalen Sozialismus Abstand zu nehmen — von der Mobilisierung der Kräfte des Proletariats um die Forderung

eines Friedens ohne Sieger und ohne Besiegte, ohne die Gefahr neuer Rüstungen zu weitem Kriegen, eines Friedens, der die Vernichtung des Militarismus beschleunigen würde.» «Die Sozialdemokratie Russlands muss mit aller Entschiedenheit das Losungswort der russischen Regierung und der Kapitalistenklasse: Krieg bis ans Ende! Krieg bis zum Siege! bekämpfen, mit dessen Hilfe man bestrebt ist, in den Volksmassen den gegenwärtigen Krieg als Verteidigungskrieg darzustellen, der aber in Wirklichkeit von beiden Kriegskoalitionen mit klar hervortretenden Eroberungszielen geführt wird.» «Die ungünstige Kriegslage darf unserm Kampf gegen das alte Regime keinen Einhalt gebieten.»

April 1916.

Das Auslandskomitee
des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes
in Litauen, Polen und Russland («Bund»).

Berichtigung.

In dem in der Nr. 4 des «Bulletins» publizierten Bericht aus Schweden haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Die Amtsdauer Höglunds in der Leitung des «Sozialdemokraten» geht schon 1917, nicht erst 1918, wie es irrtümlich hiess, zu Ende. Sodann muss der Satz, dass die schwedische Reichstagsfraktion «für den königlichen Staatstreich und den Militarismus» stimmte, richtig lauten, dass die Fraktion «für den königlichen Staatstreich-Militarismus» stimmte.